

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1/4 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 13. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem General der Infanterie Vogel von Falkenstein, General-Gouverneur von Böhmen, das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern; dem General-Lieutenant von Schmidt, Führer des 2. Armeekorps, den Roten Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern und dem General-Majanten, General der Infanterie von Bonin, kommandierenden General des 1. Armeekorps, den königlichen Kronorden erster Klasse mit Schwertern mit dem Emaille-Bande des Roten Adlerordens mit Eichenlaub zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, 12. September. Auf Anregung des bayerischen Abgeordneten Barth hat der Vorstand des Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages den Ausschuss auf nächsten Sonntag nach Berlin berufen, um die allgemeine politische Lage zu beraten.

Der Eintritt der Provinzen Posen und Westpreußen in den norddeutschen Bund

Ist im Abgeordnetenhaus einem Proteste begegnet, der nach vielfachen öffentlichen Aeusserungen mit Bestimmtheit zu erwarten stand. Die polnische Fraktion stützt sich ausschließlich auf die Wiener Verträge und die darauf beruhenden späteren diplomatischen Unterhandlungen und Verhandlungen, insbesondere die Bundesakte. Diese Akte ist aber, wenn sie jemals ein Fundament für polnische Rechtsansprüche war, heute keines mehr, nachdem sie mit der Auflösung des Bundes von den europäischen Mächten, die Theilnehmer am Wiener Kongress waren, aufgegeben ist. Die eine Thatsache, daß sämtliche Bundesgesetze ohne Protest abgerufen sind, ist Beweis genug; sie annulliert zugleich die von England, Frankreich und Rußland gegen die Selbstverweigerung des deutschen Bundes im Jahre 1848 gerichteten Proteste. Es bleibt als Fundament für die polnische Fraktion nur Art. 53 des Wiener Schlußaktes vom 9. Juni 1815 übrig, der festsetzt, daß der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen in den Bund eintreten „pour toutes celles de leur possessions qui ont anciennement appartenu à l'Empire germanique.“ Aber die nächstinteressierten Mächte haben unter Mitwirkung Frankreichs den Bund aufgelöst und es besteht keine einzige Stipulation mehr, welche Preußen hindern könnte, neue Bündnisse zu schließen, im Gegentheil beruht das neue, norddeutsche Bündnis auf der ausdrücklichen Zustimmung Oesterreichs und Frankreichs. Da somit alle Bestimmungen des Wiener Kongresses, so weit sie den deutschen Bund betreffen, unter dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Einverständnis der ehemaligen Mitkontrahenten gefallen sind, so schwebt der nicht auf das natürliche Recht, sondern allein auf internationale Verträge gestützte Protest der polnischen Fraktion vollständig in der Luft; denn Polen war nicht Mitkontrahent, sondern Objekt der Verhandlungen.

Das Abgeordnetenhaus hat deshalb diesen Protest ignoriert, in dem Bewußtsein, daß er erfolglos verhallen wird, wie so viele seiner Vorgänger. Vielleicht wäre das Haus aber nicht mit Stillschweigen darüber hinweggegangen, wenn er die natürlichen und angeborenen Rechte der polnischen Nationalität zur Grundlage genommen, sich also wenigstens auf ein wirklich Vorhandenes gestützt hätte. So, wie er ist, erscheint er als ein Anachronismus oder als eine Negation der gesamten Vorgänge der letzten Monate. Wir werden gegen die Tendenz des Protestes, wie wir schon früher erklärt, nicht polemisieren, indem uns dessen fertigen Thatsachen überheben, wir wollten nur konstatieren, daß wir ihn in der vorliegenden Form für einen Fehler halten.

Hätte die polnische Fraktion sich allein auf ihre unverjährbaren Rechte berufen, so hätte das einen Sinn gehabt, es hätte aber auch eine Antwort darauf gegeben. Die Rechte der polnischen Nationalität hängen nicht ab von einer bestimmten Verfassungsform, die einer der drei Staaten, welche Theile des alten Polen besaßen, sich giebt, auch nicht von den internationalen Verbindungen, welche sie eingehen, überhaupt von keiner Wandelung des öffentlichen Rechts. Der absolute Staat Preußen hat sie dem konstitutionellen Staate Preußen überliefert und nichts ändert an ihnen der Eintritt in einen Bund, der sich einen deutschen nennt. Doch ist es einzig und allein der Name, gegen den der Protest sich wendet, man hat wenigstens nicht nachgewiesen, auch nicht einmal den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß die Stellung der polnischen Nationalität mit dem Eintritt der Provinz in den deutschen Bund irgend eine notwendige Veränderung erleide, daß die zu ihrem Schutze bestehenden Bestimmungen alterirt, die ertheilten königlichen Zusagen zurückgezogen werden. Mit einem Worte, es verändert sich für die polnische Nationalität essential nichts. Daß, wenn Polen im deutschen Parlament sitzen werden, ihre Sprache dort die deutsche sein wird, ist auch nichts Neues, da sie dieselbe Sprache im preussischen Landtage zu bedienen gelernt haben. Widerstrebt es aber ihrem Nationalgefühl jenes Parlament zu betreten, so bleibt ihnen ihr freier Wille.

Was dort abgemacht wird, kann die Polen als Polen nicht prägraven, mit einem Worte, eine mögliche Rechtsverletzung für die polnische Nationalität durch den Bund ist unauffindbar.

Wäre es dagegen aber nicht die höchste Zurücksetzung für die drei Millionen Deutschen der Provinzen Posen und Preußen, wenn sie gezwungen würden, auf ihre engere Vereinigung mit Deutschland zu verzichten? Wer will, selbst vom polnischen Standpunkt, eine solche Zurücksetzung rechtfertigen? Selbst wenn die Regierung darauf eingehen wollte, beide Provinzen als ein Befonderes außerhalb des Bundes bestehen zu lassen, würde sie nicht auf der andern Seite auf unüberwindlichen Widerstand stoßen?

Das Streben der Deutschen nach Einigung, dem Dr. Libelt im Abgeordnetenhaus seine Anerkennung zollte, manifestiert sich in den Provinzen Posen und Preußen nicht weniger, als in dem übrigen Preußen. Den tatsächlichen Beweis dafür giebt das Jahr 1848. Und sie fühlen

zu dem, daß sie in beiden Provinzen kein untergeordnetes Element sein können, zu dem man sie herabsenken will. Sehen wir ab von den Zahlen, aber der Grundirrtum muß fallen, daß Posen eine spezifisch polnische Provinz sei; er ist die Quelle aller falschen Voraussetzungen, aller ungerechtfertigten Verlangen. Möge er endlich fallen, da ihm die ganze Wirklichkeit widerspricht; gestehen wir uns gegenseitig ein, daß die Provinz aus einer gemischten Bevölkerung besteht, von der jeder Theil sein Recht zu existieren und „frei zu athmen“ hat, von der kein Theil Gewinn darin sehen kann, die Rechte des anderen zu ignorieren oder zu kränken, und gestehen wir uns fern ein, daß es ein Höheres giebt, als die Nationalität, worin wir mit einander zusammenstreffen müssen als Bewohner eines Landes, die theils die Natur, theils freie Wahl zusammengeführt hat, so wird es uns keinen Unterschied machen, ob wir uns Preußen oder Glieder des deutschen Bundes nennen, wir bleiben immer gleich sehr an einander gebunden, gleich sehr auf einander hingewiesen; denn wir arbeiten gemeinsam an der Aufgabe dieser Provinz.

Deutschland.

Preußen. * Berlin, 12. September. Die Zentralkommission für die Pariser Ausstellung hat in Erwägung gezogen, ob die Ausstellung der annectirten Länder mit der preussischen vereinigt werden solle, was große Schwierigkeiten haben würde, da die Pläne für die preussische Ausstellung fertig und bis ins Detail ausgeführt sind. Auch die architektonischen Verhältnisse des Ausstellungspalastes sprechen dagegen, da der preussische Abschnitt im harmonischen Zusammenhang zu dem Ganzen steht. Man muß übrigens bald einen Beschluß fassen, was bis jetzt nicht möglich war, da das technische Mitglied der Kommission, der Landbaumeister Pflaume, noch zum Heere eingezogen ist. Wie wir ferner neulich schon gemeldet, hatte die Kommission in Paris einen Vorschlag gemacht, ein Diorama für Pflanzen zu errichten; jetzt möchte sie gewissermaßen auch noch die Ideen hineinbringen. Es soll nämlich eine Preisvertheilung vorgenommen werden, welche sich auf die Kreirung einer besonderen Art von Belohnung für diejenigen Personen, Etablissements und Ortschaften bezieht, welche durch ihre Organisation oder ihre besonderen Einrichtungen und Anordnungen unter allen an derselben Arbeit Theilnehmenden ein einträchtiges Zusammenwirken befördert und die geistige und leibliche Wohlfahrt der Arbeiter gesichert haben. Für diese Preise sind große Summen ausgesetzt, im Ganzen 100,000 Francs, und außerdem 20 ehrenvolle Erwähnungen. Ferner ist noch ein großer Preis von 100,000 Fr. ausgesetzt für eine Person, Etablissement oder Ortschaft, welche sich durch ganz besondere Ueberlegenheit in diesem Punkte auszeichnet haben.

Gestern besichtigte Se. Majestät der König in Potsdam die dort stehenden Erjagtruppentheile. Auf dem Bahnhofe von den städtischen Behörden empfangen, erwiderte Se. Majestät auf die von dem Oberbürgermeister, Geheimrath Beyer gehaltene Anrede nach dem „Staats-Anzeiger“ Folgendes: „Ich danke Ihnen, daß die Vertreter der zweiten Residenzstadt Mir durch Ihren Mund wiederholen, was Sie bereits bei Meiner Rückkehr aus dem Felde in einer Adresse an Mich ausgesprochen. Ja! es war eine große Zeit, die wir gemeinsam durchlebt; glorreich für unser Vaterland Preußen, und hoffentlich jegegend für unser weiteres Vaterland, Deutschland! Es ist Mir in Meinem hohen Alter sehr schwer geworden, das Wort: „Krieg!“ auszusprechen. Krieg gegen einen alten Bundesgenossen, der seine berechnete Stellung in Deutschland hatte, zu dessen altem Fürstenhause Ich vielfache Beziehungen hatte; — es ist Mir doppelt schwer geworden, weil Ich die Opfer kannte, welche Ich Meinem ganzen Volke auferlegen mußte; aber Ich bin herausgefordert worden und mußte den Kampf annehmen. — Daß Ich es mit Vertrauen konnte, verdanken wir dem Instrumente, durch welches uns allein der Sieg verliehen werden konnte, — der Armee! — die Ich sorgfältig vorbereitet hatte, um ihr im Augenblicke der Gefahr vertrauen zu können. Auf den Grundlagen fortbauend, welche Meine beiden Vorfahren gepflegt, habe Ich Mich nicht in der Ueberzeugung beirren lassen, daß Preußen einst eines starken und wohlgeübten Heeres bedürfen würde, um jedem anderen, vielleicht stärkeren und wohlgeübteren Heere zu widerstehen, welches unsere Existenz bedrohen könnte. — Vier Jahre ist Mir die gewissenhafte Arbeit an dieser Aufgabe — eine Lebensaufgabe für Mich, wie für den Staat — verbittert worden; aber der Erfolg hat gezeigt, daß Arbeit und Opfer nicht vergebens gewesen sind. Es war der Kampf zweier gleich wohlgeübter, ebenbürtiger Heere und darum erkenne Ich, in der für uns glücklichen Entscheidung, den Finger der Vorsehung, der sich vor uns haben Werke ist, welches wir theils schon vollendet, theils noch vor uns haben, vielleicht, wie Sie sehr richtig sagen, — sogar erst nach noch weiteren Prüfungen für Mich und für Sie, zu einem glücklichen Ende führen werden!“

Der General-Major Prinz Nikolaus Albrecht, Sohn des Prinzen Albrecht, wird, wie der „Publicist“ meldet, in militärischen Kreisen als zur Uebernahme eines höheren militärischen Posten bezeichnet. Derselbe würde seinen zukünftigen Wohnsitz in Kassel angewiesen erhalten und ihm eins der kaiserlichen Schlösser zur Disposition gestellt werden. Ueberhaupt soll es in der Absicht liegen, sowohl in Hannover als auch in Kassel durch das Aufschlagen prinzipieller Hofstaaten für immer den preussischen Hof in beiden früheren Residenzstädten zu repräsentieren.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Die diplomatischen Unterhandlungen, welche noch zwischen Preußen und anderen deutschen Regierungen in der Schwebe sind, haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mit Sachsen ist noch immer kein Abschluß erlangt. Die Unterhandlungen mit Meiningen, welche Preußen wegen Unwillfährigkeit des Herzogs abbrechen mußte, sind aus dem Stillstande nicht herausgetreten. Nur mit Rußl. ä. L. scheint eine Verständigung näher gerückt. Die Fürstin-Regentin Caroline hat Bevollmächtigte nach Berlin gesandt, um über den Anschluß des Fürstenthums Ruß-Greiz an den norddeutschen Bundesstaat zu unterhandeln.

Durch die Vermehrung der Infanterie und Kavallerie steht

innerhalb des Offizierkorps eine sehr umfangreiche Beförderung bevor, wie sie seit der Reorganisation nicht vorgekommen ist. Der durch den Krieg herbeigeführte Verlust ist größtentheils schon ersetzt. Bei den eingetretenen Dislokationen wird der Bereich des dritten (brandenburgischen) Armeekorps am meisten berührt; namentlich kommen die sächsischen Truppen nach der Provinz Brandenburg. So erhalten Guben, Landsberg an der Warthe, Krossen, Sorau, Soldin, Königsberg in der Neumark, Spremberg, Rottbus, Straußberg (letzteres nahe bei Berlin), sächsische Truppen, deren Stab Frankfurt a. d. O. wird, während die in letzterer Stadt bisher befindlichen Divisions- und Brigadestäbe nach Dresden verlegt werden. Die Provinz Pommern ist von der Dislokation nicht berührt worden.

Die Grundzüge für das in Betreff der Feierlichkeiten bei dem Einzuge der aus dem Kriege heimkehrenden Truppen aufzufeststellende Programm, welches von dem Stadtrath Dunder ausgearbeitet werden soll, bestehen im Wesentlichen in folgenden Punkten: Die zum Einmarsch bestimmten Truppen stellen sich auf dem Königsplatz auf. Se. Majestät an der Spitze, ziehen dieselben nicht über den großen Stern, sondern den nächsten Weg, die Schillerstraße entlang, zum Brandenburger Thor hinein. Wie sie sich dem Thore nähern, beginnen sämtliche Glocken der Stadt zu läuten. Gleich am Brandenburger Thore ist eine Estrade in Form einer Ehrenpforte erbaut, auf welcher sich auswählte Jungfrauen der Stadt in Weiß und mit Blumen geschmückt befinden. Eine derselben empfängt den König mit einem Gedichte in wenigen Strophen, verfaßt von Scherberg, und eine andere überreicht ihm einen Lorbeerkranz. Hierauf beginnen sämtliche Musikchöre das Lied: „Heil Dir im Siegerkranz“ etc. zu spielen. — Beim Beginn der Umzugs auf dem Pariser Platz ist ein Podium errichtet, auf welchem der Magistrat und die Stadtverordneten aufstellen nehmen. Wenn Se. Majestät hierher gelangt ist, tritt ihm der Oberbürgermeister Seydel, begleitet von dem Bürgermeister Hedemann, dem Stadtverordnetenvorsteher Schömann und dessen Stellvertreter Falke, entgegen. In diesem Augenblicke schreien sämtliche Musikchöre. Der Oberbürgermeister begrüßt Se. Majestät mit einer Anrede im Namen der Bürgerschaft Berlins. Darauf bewegt sich der Zug der Truppen in der Lindenpromenade entlang, zu deren beiden Seiten die Gewerke mit ihren Fahnen, Emblemen und Musikchören aufgestellt sind. Die Musikchöre der einzelnen Gewerke beginnen, sobald sich Se. Majestät der König ihnen nähert, das Lied: „Heil Dir im Siegerkranz“ etc. zu spielen. Se. Majestät stellt sich, umgeben von den Prinzen und den anwesenden Generalen der Armee, bei der Blücherstatue auf und nimmt die Parade über die Truppen ab, welche über die Schloßfreiheit den Weg in ihre Quartiere antreten. Hiermit schließen die Feierlichkeiten des ersten Tages. Am zweiten Tage fällt der Empfang der Truppen seitens der Jungfrauen und der städtischen Obrigkeit fort. Ob Se. Majestät die Truppen wieder führt, darüber scheint noch nichts festzustehen, jedoch wird angenommen, daß dies wieder geschieht. Die auf dem Pariser Platz errichteten Tribünenplätze, die ca. 8000 Personen fassen können, sollen an diesem Tage dem Publikum überlassen werden.

Se. Majestät der König nimmt wieder an der Blücherstatue die Parade über die Truppen ab, welche sich von dort nach dem Lustgarten begeben und daselbst sich um einen dort errichteten Altar aufstellen, um ein Leedum abzubalden. Hierbei wird der Feldprobst Thiele die Rede halten; unter der Leitung des Musikdirektors Wieprecht werden ein Chor von 1000 Musikern und ein Chor von 500 Sängern die Musik und den Gesang ausführen. Der Altar ist von der gesamten evangelischen, katholischen, jüdischen Geistlichkeit umgeben, welche von dem Magistrat dazu eingeladen werden wird. Für Se. Majestät den König, Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, so wie für die anwesenden hohen Gäste wird ein Pavillon errichtet; der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, so wie die höheren Staatsbeamten nehmen auf den am Lustgarten gebauten Tribünen Platz. Den Schluß der Einzugsfeierlichkeiten am zweiten Tage bildet glänzende Illumination der städtischen Gebäude und der ganzen Stadt. Se. Majestät der König verläßt nach abgehaltener Leedum die Generale und Offiziere der eingezogenen Truppen im königlichen Schlosse zu einem Diner. Am dritten Tage findet das von dem Magistrat zu gebende Diner statt, welches, wie bekannt, in der Turnhalle abgehalten und zu welchem sämtliche Offiziere der empfangenen Truppen und Deputationen der Feldwebel, Unteroffiziere und Gemeinen eingeladen werden sollen. Man berechnet die Zahl der Theilnehmer an diesem Festessen auf 800—1000 Personen. Die Turnhalle hat ausreichenden Platz für eine solche Zahl Speisender, nichtbedeutend weniger soll aber ein Anbau gemacht werden, um auch Raum zum Ergehen der Gäste zu gewinnen. Von einer weiteren Steifung der Truppen seitens der Kommunal-Behörden wird Abstand genommen. Dagegen wird sie wahrscheinlich in ausreichender Weise von Privaten bewerkstelligt werden. Es sind in dieser Beziehung schon viele Anmeldungen und Anerbietungen erfolgt.

Der Abg. John (Labiau) ist nach der „N. Pr. Ztg.“ aus der Fraktion der deutschen Fortschrittspartei ausgetreten.

Thorn, 11. September. Ueber die 60 am 25. v. Mts. entflohenen österreichischen Kriegsgefangenen ist vom russischen Kriegskommando zu Lipno in Polen, wo sie festgehalten werden, gestern die Nachricht hier eingelaufen, daß die Flüchtigen, falls dies verlangt werden würde, nach Preußen ausgeliefert werden sollen. Wie wir heute vernehmen, werden dieselben aus Polen requirirt werden. Ihre hier noch weilenden Kameraden werden am 13. d. nach Obergarn abgesandt und am folgenden Tage verlassen uns die beiden hier garnisontirenden Bataillone des 5. Landw.-Regts., an deren Stelle am 16. d. der Stab und drei Bataillone des Inf.-Regts. Nr. 61 einrücken, welchen ein feierlicher Empfang bereitet wird. — Gestern fand beim Gymnasium das Abiturienten-Examen statt. 4 Gymnasial- und 1 Real-Primaner hatten sich zu demselben gemeldet und erhielten das Zeugniß der Reife.

Baiern. München, 12. September, Vormittags. Das Bankhaus Erlanger und Konforten wird heute die bayerische Prämienanleihe im Betrage von 28 Millionen Thalern abschließen. Dieselbe wird in Apoints von 100 Thalern emittirt und mit 4 Procent verzinst werden. Die Prämie wird 1 Procent betragen. (Wiederholt.)

Hannover, 11. September. Ganz unbemerkt, weil mitten in der Nacht, reiste der Herzog von Cambridge durch diese seine Vaterstadt nach Berlin, um, wie man wissen will, dort seine Ansprüche auf den hannoverschen Thron zu wahren, für den nach König Georg und dem Kronprinzen Ernst August die Reihe an ihm gewesen wäre. Für den letzteren hat, im Widerspruch mit den übrigen Rumbegungen in Braunschweig, eine Versammlung in Wandsburg ihre Stimme dahin abgegeben, daß er nach Recht und Gesetz ihr „Erprinze“ bleibe. In den braunschweigischen Blättern ist diese „Erprinzenfrage“ seit Wochen fast Tag für Tag durchgesprochen. Einstweilen ist die braunschweigische Residenz nicht ganz unempfindlich dafür, daß Graf Meisel, der Gesandte

Napoleons, dort seinen Sitz nehmen wird, den er, für beide Staaten beglaubigt, bisher in Hannover hatte. Neben letzterer Stadt sind vorläufig Göttingen und Osnabrück zu Landrathsstellen ausersehen. Auf Ersuchen des Civilkommissars hat das Ministerium des Auswärtigen verfügt, daß die hier zu Lande ansässigen Preußen von dem durch die Kriegseinsparungen veranlaßten Steuerzuschlag befreit bleiben, auch namentlich von ihren im hannoverschen Gebiete belegenen Grundstücken nicht mehr als die gewöhnliche Steuer zahlen sollen. (R. Z.)

— Auf Grund des bis jetzt noch fortbestehenden Kriegszustandes hat der Generalgouverneur v. Voigts-Rhege verordnet, daß für jede bei Exzessen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung entstehende Beschädigung von Staats- und Privateigentum, falls der Schuldige nicht auszumitteln oder zahlungsunfähig ist, die betreffende Gemeinde haftet. — Gestern Nachmittag ist der Kommandeur d. r. für unser Land zur Garnison bestimmten Truppenteile, General v. Münster-Weinhövel, mit seinem Stabe per Bahn von Bielefeld hier eingetroffen und im Unionhotel abgestiegen. Seit vorgestern ist die Zahl der einquartierten Truppen bei uns wieder sehr stark; doch betragen sich die Mannschaften müßig und tragen dadurch sehr zur Milderung des Druckes bei, welchen jede starke Einquartierung naturgemäß mit sich bringt. — Den sämtlichen Vertheilungsinstituten unseres Landes ist durch Ministerialverfügung aufgegeben worden, in allen amtlichen Angelegenheiten von nun an ihr Ressort von dem preussischen Handels-Ministerium zu nehmen. — Die Ankunft des Prinzen Adalbert von Preußen ward in Emden gestern Nachmittag gegen 4 Uhr erwartet. Der „Basilisk“ ward nach der Rhede beordert, um den Prinzen hinzuführen. Die städtischen Kollegien beschloßen, durch Entsendung einer Deputation den hohen Gast zu empfangen. Die ganze Stadt prangte im Flaggenschmuck.

Frankfurt a. M., 12. September, Vormittags. Der Civilkommissar v. Madai hat von der beabsichtigten Verpflichtung der Körperschaften, sich nicht mit staatlichen, sondern nur mit städtischen Angelegenheiten beschäftigen zu wollen, Abstand genommen.

Das Patent, welches die Besitzergreifung Frankfurts auspricht, wird dieser Tage erwartet.

Nassau. Wiesbaden, 9. Septbr. Nachdem bereits gestern Abend eine Vorbesprechung dahier stattgefunden hatte, traten heute, Sonntag Vormittag 10½ Uhr, die anwesenden liberalen Mitglieder vormaliger nassauischer Landtage zur endgültigen Berathung zusammen. Es wurde eine Adresse an Se. Majestät den König von Preußen und eine desgleichen an Se. Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck-Schönhausen beschlossen, welche darauf abzielen, in Berlin die Anerkennung der liberalen Landtagsmitglieder in Betreff der vom Abgeordnetenhaus genehmigten Annexion auszusprechen und Behufs einer dem Interesse des Landes entsprechenden Verfügung über die Domainen Vorstellung zu machen. Beide Adressen werden durch eine Deputation von 7 Mitgliedern überreicht werden.

Deſtreich.

Wien, 9. Sept. Die Verhandlungen mit Italien haben dem Vernehmen nach in den beiden letzten Tagen reißende Fortschritte gemacht. Alle Fragen zweiten Ranges sind nicht bloß klar gelöst, sondern es ist diese Lösung auch bereits fest formuliert; was aber die Hauptfragen angeht, so handelt es sich betreffs der Entschädigung nur noch darum, im einzelnen die Konsequenz der principiell vereinbarten Normen zu ziehen, und bezüglich der Grenzberichtigung endlich hat man sich von beiden Seiten zu dem Grundsatze bekannt, mit Berücksichtigung aller Nationalitätsmomente lediglich militärisch-strategische Rücksichten als maßgebend werten zu lassen. Von eingeweihter Seite wird es als kaum zweifelhaft bezeichnet, daß noch vor dem letzten Drittel des laufenden Monats das fertige Friedensinstrument zur Ratifikation vorgelegt werden können. (D. A. Z.)

Wien, 10. Sept. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister für Berlin ist in der Person des Grafen Trautmannsdorf — früher Legationssekretär in Berlin und später Gesandter in Karls-

ruhe — ernannt, nachdem längere Zeit die Entscheidung zwischen ihm und dem Grafen Blome geschwankt. Der Vater des Grafen ist lange Zeit Gesandter am preussischen Hofe gewesen. — Die Kaiserin von Mexiko wird, nachdem sie vorgestern in Miramare den Besuch des Erzherzogs Ludwig Viktor empfangen, heute über Ancona nach Rom gehen.

Wien, 11. Sept. In Aufsee (Steiermark) fand vorgestern eine Zusammenkunft Abgeordneter aus den deutsch-österreichischen Landtagen statt, um über die Mittel und Wege zu berathen, welche zur Behauptung der Stellung der Deutsch-Österreicher und Erhaltung des Zusammenhanges mit Deutschland einzuschlagen seien. Es wurde anerkannt: die Bildung einer geschlossenen deutschen Partei sei notwendig. — Der Dualismus, begrenzt durch Anerkennung und gemeinsame parlamentarische Behandlung wirklich gemeinsamer Angelegenheiten, sei die einzige Form zur Erreichung eines freihellen Lebens, doch sei daneben auch eine legale Gesamtvertretung der cisleithanischen Länder geboten.

Frankreich.

Paris, 10. September. Die Königin von Spanien ist in Folge der Krankheit der Infantin Eulalia nicht nach Biarritz gegangen. Falls die Krankheit der Prinzessin einen guten Verlauf nimmt, wird die Königin später nach Biarritz gehen; entgegengesetzten Falls begibt sich die Kaiserin nach Zarauz, da die Königin durch Herrn Mon, der sich gegenwärtig in Biarritz befindet, den Wunsch hat ausdrücken lassen, sie möchte sie dieses Jahr sehen. Der Kaiser wird am 12. d. M. in Biarritz erwartet. — Die gepanzerte Flotte soll während der Anwesenheit des Kaisers in Biarritz nach dem Gascogner Meerbusen kommen. Se. Majestät will nämlich eine Revue über sie abhalten. — Der König von Hannover wird binnen Kurzem in Paris erwartet. Im Hotel du Louvre wurden bereits Zimmer für ihn gemiethet. — Man hat es aufgegeben, Paris mit dem Meere durch einen Kanal in Verbindung zu setzen, und wird sich darauf beschränken, der Seine von Paris nach Rouen überall eine Tiefe von 2 Metres (6 Fuß) zu geben.

Paris, 12. September. Der „Moniteur“ konstatirt, daß die Cholera sich seit Anfang Juli in Paris wieder gezeigt habe. Die höchste Zahl der täglichen Todesfälle hat 150 nicht überschritten, sich seit Ende Juli aber merklich vermindert. Seit dem 1. September ist die Durchschnittssumme der Todesfälle in den Hospitälern auf 15 gefallen, in der Stadt auf 22.

Italien.

Florenz, 7. September. Es scheint, daß Frankreich die Anwesenheit der italienischen Truppen in Venetien unbemerkt lassen will. Unter Herrn Drouyn de Lhuys Regimente würde es vielleicht nicht geschehen sein, gegenwärtig aber ist dem Kaiser Napoleon viel daran gelegen, die öffentliche Meinung Italiens zu befriedigen, und er wird es daher mit seinem Besitze in Venetien nicht so genau nehmen. Er weiß, daß die Agenten seiner Regierung, die Konsuln und andere mehr untergeordnete Beamten, die Italiener durch allerlei kleinliche Placereien in der That unnötig gereizt haben, und er mag sich jetzt auch bewußt sein, daß der General Leboeuf früher abgereist ist, als es im Interesse des guten Einvernehmens mit Italien zweckmäßig war. Die Sendung des Generals ist heftiger Natur, und man hätte sie daher bis zu dem Augenblicke aufschieben sollen, wo sie in so kurzer Zeit wie möglich hätte abgemacht werden können, nämlich bis zum definitiven italienisch-österreichischen Friedensschlusse. Die Erwägung also, daß den Italienern von seinem Minister und Beamten wirklich Anlaß zu Beschwerden gegeben worden, scheint Napoleon III. zu bestimmen, ihnen ihre jetzige üble Laune nicht zu verübeln. Ob er indeß so weit gehen wird, die Leitung der Abstimmung in den von den italienischen Truppen okkupirten Distrikten den Civilkommissaren zu überlassen, ist eine andere Frage. Die hiesige Regierung kündigt allerdings ihre feste Absicht an, die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen. Auch sprachen die eigentlich ministeriellen Organe, zu denen die franzosenfreundliche „Opinione“ in diesem Augenblicke nicht gehört, fortwährend ziemlich unzufrieden über das Benehmen Frankreichs. Es steht jetzt fest, daß die Armeeumwandlung in einem großen Maß-

stabe erfolgen wird. Das Freiwilligenheer wird man wahrscheinlich ganz entlassen; die Freiwilligen sind damit durchaus einverstanden, die Officiere aber möchten wenigstens, wie bei den reducirten regulären Truppenkörpern, die Kadres erhalten wissen.

— Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien rücken nach Wunsch vor; am 8. d. M. hat bereits die dritte Konferenz stattgefunden, und kommt man sich von beiden Seiten in verständlicher Weise entgegen. Die „Italie“ vom 8. Sept. bemerkt darüber: „Die italienische Regierung ist mit Frankreich und Oesterreich über die Vollmachten vollkommen einverstanden, welche den resp. Kommissarien zu ertheilen sind, damit dieselben die Frage wegen des Kriegsmaterials in den venetianischen Festungen ordnen und die spezielle Schuld der an Italien abgetretenen Provinzen liquidiren können. Alles, was die Räumung der Festungen anlangt, wird zwischen den Kommissarien in Venedig vor dem Friedensschlusse abgemacht werden. Die Liquidation der Schuld erfolgt erst nach dem Friedensschlusse, so wie man es 1859 auch machte.“

Die „Opinione“ vom 7. Sept. sagt, die Abstimmung in Venetien werde gerade so wie früher in Umbrien und in den Marken vor sich gehen, und die Anwesenheit der italienischen Kommissarien könne als ein Hinderniß nicht betrachtet werden.

Die „Nazione“ veröffentlicht einen Brief des Präsidenten des Instituts der Wissenschaften zu Venedig an den General Menabrea, worin ersterer die Rückstellung der nach Wien geschafften Dokumente verlangt.

Griechenland.

Athen, 5. Sept. Die Nachrichten von der Insel Kandia haben hier eine ungeheure Aufregung verursacht, und sie sind auch danach angethan, die europäischen Kabinette in Spannung zu versetzen. Der König befindet sich noch in Korfu, vielleicht auch, um dem Druck der Agitation gegen die Türkei zu entgegen. Leider sind gegen die Muselmänner von den Griechen in Kandia einige Mordmorde verübt worden. Es heißt, daß die Aufständischen auch die Intervention der nordamerikanischen Regierung neben derjenigen der europäischen Mächte anrufen hätten. Die Griechen sollen bewaffnet in einer Stärke von 20,000 Mann in den Gebirgen concentrirt sein. Wenn man aber die Zahl der ägyptisch-türkischen Besatzung auf 30,000 Mann ansetzt, so ist das sehr übertrieben. Gegen Ende des vorigen Monats hatten sich die türkischen Truppen in die Festung zurückgezogen und eine Deputation nach Konstantinopel mit der Bitte um Hilfe geschickt. Wo soll die Pforte wohl ein Truppenkorps auch nur von 15,000 Mann hernehmen, nachdem der Aufstand auch auf dem Festlande auf vielen Punkten zugleich auszubrechen droht? Der Fürstenthums-Kommissar Mustapha Pascha, früherer Gouverneur der Insel, ist mit ausgedehnten Vollmachten versehen, auf der Insel eingetroffen, hat aber nach den eingegangenen Berichten in seinen Verhandlungen die Aufständischen nicht zur Nachgiebigkeit bestimmen können. Die türkischen Truppen haben leider durch ihre Zerstörung des Innern der Insel eine große Erbitterung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Die Situation gewinnt durch die Gährung in Epirus einen sehr bedenklichen Charakter.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(17. Sitzung vom 12. September.)
Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertisch: Ministerpräsident Graf Bismarck, Finanzminister v. d. Seyditz und die Regierungskommissare König und Graf zu Eulenburg.
Präsident v. Jordan bedient den Eintritt des Abg. Cetto in das Haus an. — Aus Schleswig-Holstein ist ein von 1250 Personen unterzeichneter Protest gegen Einverleibung wie Personallunion mit Preußen eingegangen, der der Annexionskommission überwiegen wird.
Das Haus tritt dann sofort in die Spezialdiskussion des Reichswahlgesetzes ein, dessen §. 1. von der Kommission formulirt ist und also lautet: „Zur Berathung der Verfassung und der Errichtung des norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden.“

Der Berichterstatter Abg. Twetten verzichtet auf das Wort, das vom Herrn Ministerpräsidenten verlangt wird.
Ministerpräsident Graf v. Bismarck. Meine Herren! Die königliche

Rüchenslatein.

(Schluß.)

Die Hindus dagegen waren und sind seit Jahrtausenden als die mäßigsten Esser bekannt. Ihr Hauptgericht war Reis, aus dem sie eine Art Wein zu machen wußten, der nur bei festlichen Gelegenheiten getrunken wurde, sonst trank man nichts als Wasser. Eine Art dicker Milchreis war ihre Lieblingspeise. Berausende Getränke waren verboten, der große Buddha hatte dies ausdrücklich in seinen fünf Geboten ausgesprochen, dennoch wurde Bier, Meth, Gersten- und Palmwein und Kakao-milch stillschweigend vom Priester geduldet und selbst, trotz aller religiösen Bedenken, viel Wein getrunken.

Die Wandnächbarn der Hindus, die Perser, waren jedoch ganz vorzügliche Esser. Große Thiere wurden ganz gebraten und mit reichlichem Wein hinuntergeschluckt; nur wissen wir nichts vom Essen des Volkes, das wohl so gut wie überall gehungert haben wird, wo die Reichen und Mächtigen allein große Feste hielten. Ueber Becherlingen, lustiges Lachen und schweigerisches Tafelgeräusch sind uns Mittheilungen erhalten. Von den hohen Wangen und dem Verweilungsblitz des unterdrückten, ausgegogenen Volkes schweigt, wie immer, die Geschichte. Auf den Peleninseln gehören noch jetzt die Tauben, die großen Fledermäuse und eine Art vorzüglicher Aepfel ausschließlich für die Tafel der Edlen.

Die alten Araber wurden oft nach der Nahrung genannt, die sie aßen, so hören wir von rhizophagisti, Wurzeßlern, kreophagisti, Fleischeßern, und ichtyophagisti, Fischeßern. Die Fischeßer häuften Fische auf erhitzte Steine, entfernten die Gräten, zermalnten das Fleisch in eine Art Brei und trockneten ihn an der Sonne. Außer dem Ferkel, welches die Araber wegen seiner schmutzigen und häßlichen Gestalt verabscheuten, sind ihnen alle Thiere als Nahrungsmittel sehr willkommen. Mohamed, ihr großer Prophet, war mäßig und bescheiden, seine Bekkerbissen waren Milch und Honig und er moki sich seine Ziege selbst.

Eine zahlreiche Schar von Anachoreten leitete ihren Namen sogar von der verworfenen Gewohnheit her, auf dem Felde von Mesopotamien wie die übrigen Heerden zu grasen. Es war in den ersten Zeiten des Christenthums, in denen diese große, heilige Lehre wie junger Wein den Schwachen zu Kopfe stieg und zu allerhand Thorheit antrieb.

Die Troglodyten oder Höhlenbewohner gingen noch weiter. Sie nannten den Stier und die Kuh, den Widder und das Schaf „Vater und Mutter“, weil sie von ihnen und nicht von ihren natürlichen Eltern ihre tägliche Nahrung empfangen. Es klingt dies freilich sonderbar, und doch wird noch heute die Zwiebel von den Kurden „Gew. Excellenz“ titulirt. Aus dieser Vorliebe für die Thiere hing sich auch ein unbrauchbarer Troglodyten-Greis an einen Ruchschwanz auf; wollte er dies nicht thun, dann

stand es Jedem frei, ihm wohlmeinend den Strick zu knipfen und unter glücklichen Vorstellungen das Leben zu nehmen.

Die Iberer, ein fast eben so mythisches Volk wie die Urbewohner des jetzigen Baskenlandes, waren ausschließlich Fleischeßer. Von der Kochkunst hatten sie die einfachen Ideen eines Südssee-Indianers. Rohes oder gebratenes Fleisch, mit Wein und Mulsam, lieferten die bescheidenen Bestandtheile eines Banquets. Die Lusitaner, die heutigen Portugiesen, tranken nur Wasser und aßen kein anderes Fleisch, als das von Ziegen. Die Gallier mochten auch nichts von Pflanzennahrung wissen, vielleicht hatten sie gründlich ihren Moleschott gelesen und wußten, daß vorherrschende Pflanzennahrung muskelschwach, feig, dumm und unselbstständig macht. Sie zogen Schweinefleisch vor, gebraten, gefalzen oder geräuchert; tranken Wein, Milch und ein Gerstentrunk, aber der Wein war ihr Liebling, weil er sie berauschte. Die Mädchen und die Jugend mußten beim festlichen Mahle aufwarten, während die Männer auf ihren Thierhäuten saßen und sich ihre damals noch leicht gewonnene Jagdbeute schmecken ließen.

Die alten Deutschen waren ebenfalls wackere und tüchtige Fleischeßer. In ihren ungeheuren Wäldern fand sich Wild in Ueberfluß und ihre mit köstlicher Beute reich besetzten Tafeln, deren sich jetzt kein Fürst schämen würde, hätten brechen müssen, wenn sie nicht von gutem Eichenholz gewesen. Eber, Hase, Hirsch, Auerochsen, wilde Gänse, Enten, Tauben, Schaafe, Ochsen und Pferde, mit einigen Fischen, wurden sowohl roh wie gebraten verzehrt. Wenn das Fleisch roh gegessen werden sollte, wurde es gewöhnlich noch in der Haut mit Händen und Füßen geknetet. Sie tranken Most, Meth, Bier und Wein, und das alles — ohne Maß. „Wenn die germanischen Edlen“, sagt Tacitus, „nicht im Kriege sind, so thun sie nichts als essen und schlafen; und jemeher sich jemand im Kriege auszeichnet, desto unthätiger ist er zu Hause. Karl der Große, ein echter Deutscher, haßte die Ärzte, weil sie ihm seine Lieblingspeise, „Gebratenes“, verboten hatte.“ — Die Hunnen speisten Kräuter und waren wild und schmutzig.

Das Kochen der Speisen ist nur eine vorbereitende Verdauung. Die Alten hatten noch einen guten Magen und konnten dies Geschäft ganz dem geduldigen Knechte überlassen; sie sahen die Verdauung für ein „Abkochen“ an und mochten nicht erst diesem Prozeß durch große Vorbereitungen seinen Einfluß und seine Thätigkeit schmälern. Der rohe Mensch ist gefräßiger als der gebildete. Je mehr unsere Bildung steigt, je mehr verlernt unser Magen „im Feuer“ exerziren, wir trauen nicht mehr seiner Basallentene und überheben ihn durch eine rationelle Küche der größten und unscheinbarsten Handarbeiten, die auch den Geduldigsten auf die Länge verdrüsslich machen könnten.

Aus der ganzen, außer ihm stehenden Außenwelt nimmt der Mensch

seine Nahrung, nur müssen die Stoffe, deren er sich als Nahrungsmittel bedienen soll, flüssig werden können, denn, wie alles Leben, entsteht und lebt der Mensch nur vom Flüssigen. In welcher fester Masse auch etwas dem Magen zugeführt wird, es muß flüssig gemacht werden, ehe es ernähren kann, und gelingt dies nicht, dann geht es als werthlos vorüber. Die Seidenraupe z. B. verzehrt täglich zweimal so viel an fester Nahrung, wie ihr eigenes Gewicht beträgt, doch genaue Experimente haben bewiesen, daß eine Seidenraupe, welche in 12 Stunden 15—18 Gran Seide lieferte, während dieser Zeit kaum 2 oder 3 Gran an Gewicht zunahm, weil sie nur den Saft der Blätter für ihre Nahrung auspresste, und die festen Theile als Seide ausspann. Könnten die Menschen doch auch Seide spinnen, wenn sie zu harte Bissen hinunterschlucken müssen! Je kräftiger nun der Magen ist, aus den zugeführten Stoffen die nährende Flüssigkeit herauszupressen, je seltener wird er um neue Sendung anknöpfen.

Jedes Einzelwesen ist ein Glied in einem über ihm stehenden Organismus und wird als solches von diesem Organismus verbraucht. Jedes Einzelwesen ist ein Magen, und wird von dem größeren Magen, der größere und größere Kost vertragen kann, als er selbst, verdaut, während er sich selbst so viel als möglich andere Magen aneignet. Alles ist und wird gegessen. Was ist, das ist. Est — sagt der Römer für beides. Je höher das Einzelwesen auf der Stufenleiter der Schöpfung steht, um so mannigfaltiger und mannigfaltigeres ist es, darum konnte auch der berühmte Gastronom Brillat-Savarin den berühmtesten Satz aufstellen: „Sage mir, was Du isst, und ich sage Dir, was Du bist.“ Und ein anderer Franzose, La Mettrie, behauptete: „Wir denken, wir sind ehrlich, fröhlich und tapfer, je nachdem unsere Maschine aufgezo-

gen ist.“
Der Urstoff des Menschen ist der Zellkeimstoff und sein Urbau ist die Zelle. Aus Zellen besteht und entsteht der ganze menschliche Organismus. Sie schwimmen entweder isolirt als Lymph- oder Blutkörperchen im Organismus herum, oder sie gestalten sich durch wunderbare Mischung und Zueinandererschmelzung zu Zellen, Muskel-, Knochen-, Gefäß- und Nervengewebe, die mit einander in tiefer Wahlverwandtschaft durch das kurze Leben wandern. Dies bestätigt die einfachste Erfahrung. Wird ein wichtiges Organ des menschlichen Körpers ganz besonders in Anspruch genommen, dann verbraucht es die Summe der freien Lebens-thätigkeit in einem solchen Grade, daß sie den meisten übrigen Organen entzogen und diese dadurch genöthigt werden, ihre Thätigkeit entweder ganz einzustellen, oder auf ein geringes Maß zu beschränken. So concentrirt sich die Lebenskraft im Gehirn beim angestrengten Nachdenken dergestalt, daß nicht nur der Appetit unterdrückt und die Verdauung der genossenen Speisen gestört wird, sondern auch ein durch alle Muskeln verbreitetes

Staatsregierung hat gestern an der Diskussion nicht Theil genommen, nach dem der Herr Berichterstatter und der Herr Abg. Simson dasjenige, was die Regierung zur Vertretung ihres Standpunktes und ihrer Vorlage hätte sagen können, in berechneten Worten dargelegt haben, als sie mir zu Gebote standen hätten. In Bezug auf die Amendements, welche theils aus der Kommission, theils aus dem Hause hervorgegangen sind, muß ich mir einige Bemerkungen erlauben, wobei ich Art. 1. der Kommissionsfassung dazu rechne, doch über ihn hinausgreifen muß mit einigen Erwägungen, welche auf die Gesamtheit der Amendements ihre Anwendung finden. Wir sind in dem der Vorlage angebotenen Bündnisvertrag mit den Regierungen, welche ihn vollständig angenommen haben, dahin übereingekommen, daß alle verbündeten Regierungen gleichzeitig die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen anordnen und das Parlament gemeinschaftlich mit Preußen einberufen wollen. Diese Verpflichtung wird in demselben Maße anfechtbar, in welchem man sich von dem Texte des Reichswahlgesetzes entfernt. Die künftige Staatsregierung hat deshalb bei ihrer Vorlage sich so genau, als es die veränderten Verhältnisse zu erlauben schienen, an den Text jenes Gesetzes angegeschlossen und auch Manches beibehalten, worauf sie von Hause aus von selbst vielleicht nicht verfallen sein würde, gerade weil die Verpflichtung der übrigen Regierungen genau auf dieses Gesetz lautete und weil, wenn bei den übrigen Regierungen und ihren Landständen nicht eine lebhaftere Bereitwilligkeit auf die ganze Sache einzugehen vorhanden ist, als sie sich zum Theil in dieser Versammlung gezeigt hat, sie leicht Vorwände und vielleicht auch triftige Gründe aus jeder Veränderung herleiten könnten, um ihrerseits dem von uns Allen gewünschten Werke Gemischnisse zu bereiten. Von einigen dieser Regierungen sind mir bereits amtliche Schriftstücke zugegangen, in welchen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß etwaige Aenderungen und Zusätze zu dem Gesetze sie ihrerseits nöthigen würden, den veränderten Text ihren Ständen ebenfalls nochmals vorzulegen. Nun bin ich weit entfernt, das Gewicht aller dieser Ständeverfassungen mit dem der preussischen Landesvertretung gleich zu stellen; aber theoretisch wird ein solches Recht, wie es hier in Anspruch genommen wird, Zusätze zum Texte des Gesetzes zu machen, auch den kleineren Versammlungen nicht bestritten werden können, und wenn eine Regierung sich aus diesem bequemen Vorwande auf bloßen Widerstand zurückzieht, so kommt die preussische Regierung in große Verlegenheiten. Soll sie ohne die Zustimmung aller jener Regierungen vorgehen? Soll sie einzelne von denselben, welche uns doch treue Bundesgenossen gewesen sind, mit Verge- waltigung bedrohen? Beides hat seine Schwierigkeiten oder doch seine Unge- wissigkeiten. Namentlich sind die beiden Mecklenburger schon jetzt nicht in der Lage gewesen, so unbedingt wie die übrigen Bundesstaaten sich dem Ver- trage anzuschließen, da erst die Einwilligung ihrer Stände zu beschaffen ist. Deswegen hat mit beiden Mecklenburgern ein besonderer Vertrag abgeschlos- sen werden müssen, in dessen Artikel 6 alle Paragraphen des Bündnis- vertrages schon jetzt acceptirt werden, für S. 2 und 5 aber die Zustim- mung für später vorbehalten wird. Es ist nicht denkbar, daß beide Meck- lenburger sich mit dem ganzen übrigen Norddeutschland so in Opposition setzen werden, daß sie sich einer gemeinschaftlichen Einrichtung auf die Dauer entziehen; aber wir dürfen den etwaigen Widerstand, der in jenen Ländern gegen den guten Willen der Regierungen vorhanden ist, und die Neigung, von dem Bündnis wieder abzugehen, nicht leichtern. Die Abweichungen der Kommissionsvorlage von der Re- gierungsvorlage und die Amendements tragen im Ganzen den Stempel des Art. 1. über welchen wir so eben berathen, und der sich vom ursprünglichen Gesetze dadurch unterscheidet, daß er das Wort „Vereinbarung“, was doch neben den Beratungen als Aufgabe des Parlaments bezeichnet war, weglassen hat. Die künftige Staatsregierung hat dieser Aenderung im Geiste des Gesetzes nicht widersprechen wollen, weil sie befürchtete, durch ihren Widerspruch dasjenige, wie ich versichern kann, ungegründete Mißtrauen neu zu nähren, welches die Quelle dieses Art. 1. vielleicht gewesen ist. Wenn ich einen vier Jahre zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst die Ehre hatte als Mi- nister vor Sie zu treten, so erinnere ich mich, in einem der bedeutendsten Blätter des Nationalvereins den Ruf nach einer Diktatur für die deutsche Nation gelesen zu haben. Das Verhalten des Hauses und der Amendement- steller scheint zu zeigen, daß Sie, entfernt von Uebereinstimmung mit diesem Rufe, fürchten, daß zu diktatorisch aufzutreten werde und sich dagegen ver- klären wollen. Die Neigung parlamentarische Rechte dem gesammten Ge- meinwesen gegenüber zu verlaufen, ist ein eigenthümlicher Charakter des deutschen Volkes und eine der bedeutendsten Schwierigkeiten für die Einigung Deutschlands gewesen. Wie weit wir von diktatorischen Gelüsten entfernt sind, zeigt der Eindruck, welchen die gefrige Diskussion auf ein Berliner Morgenblatt, welches mir zufällig vorgelegt worden ist, gemacht hat, in wel- chem gesagt wird, die Debatte mache den Eindruck, als ob das Abgeordneten- haus mit einer gewissen Eifersucht und zweifelhaften Gefühlen auf den Reichs- tag blicke, es wolle ihm nur eine beratende Stellung anweisen. (Der Minister verliest den Passus aus einem Zeitungsblatt.) Wenn verlangt wird, daß die Bundesversammlung dem preussischen Landtage vorgelegt werden soll, so können die andern Landtage denselben Anspruch erheben. Ich mache diese Vertung nicht, um Art. 1. direkt anzufechten, wohl aber um von der Re- gierung die Verantwortlichkeit für die Schwierigkeiten und Verzögerungen, welche aus dieser Einschränkung hervorgehen, abzulehnen. Aber die Regie-

rung zieht es vor, diesen Schwierigkeiten in der Hoffnung sie zu überwinden, die Spitze zu bieten, als jenem alten Mißtrauen auf's Neue Nahrung zu geben.

Abg. Schulze (Berlin) (gegen S. 1 der Kommissionsvorlage): Die Dunkelheit und Ungewißheit, die uns in der ganzen Vorlage entgegentritt, ist im S. 1 gewissermaßen konzentriert; ich will deshalb eine kleine Aufhellung derselben versuchen. Im S. 1 liegen die beiden hauptsächlichsten Gesichtspunkte der ganzen Sache: die Befugnisse, welche dem künftigen norddeutschen Par- lamente eingeräumt werden sollen, und der Umfang der Vorlagen und Auf- gaben, die ihm gestellt werden. Der Herr Ministerpräsident hat uns jedoch wiederholt, daß das Parlament ad hoc nur eine beratende Stimme haben soll, ich billige dies und meine, daß dem preussischen Landtage das Enderge- bnis der betreffenden Beschlüsse vorgelegt werden muß. Ich möchte aber eine Aufklärung über das Zwischenstadium haben, ehe die Sache fertig vor das preussische Abgeordnetenhaus kommt. Soll denn die Wirksamkeit des Par- laments auch nur insoweit eine beratende sein, daß die Regierungen ganz absehen können von seinen Beschlüssen? Daß die Regierung von ihren ursprünglichen Grundgedanken einen neuen Konstituierung Deutschlands abgehen mußte, halte ich für ein großes Glück, da durch sie nur ein neuer Dualismus geschaffen wäre; wir hätten dadurch den Süden nur organisirt und befähigt, gegen uns zu sein in der Stunde der Gefahr. Ich muß jedoch noch einige Hauptbedenken gegen das ganze Projekt erwähnen, den erstrebten neuen Bundestag der Fürsten, das Streben, bloß im Militärwesen eine feste und straffe Organisation zu schaffen, aber nur unter der Leitung eines Bun- desoberhauptes, statt eines Reichsoberhauptes; endlich den Umstand, daß man bloß das Konföderationswesen in die Hände der Centralgewalt legen will, nicht aber die gesammte diplomatische Vertretung.

Es handelt sich also lediglich um eine neue verbesserte Auflage des alten Staatenbundes, aber nicht um die Konstituierung des Bundesstaates. Ich be- klage, daß man die Reichsverfassung so ganz dabei außer Acht läßt, und bin erstaunt über die gefrige Ausführung des Abg. Simson, daß die Reichsver- fassung wohl einzuwirken hätte, den Bedürfnissen jener Zeit, aber nicht den heutigen. Was bedarf denn die deutsche Nation Anderes, als gesicherte Freiheit im Innern und geschlossene Einheit nach Außen, wie sie es erstrebt? Sie ist in jeder Beziehung den Erfordernissen deutschen Lebens und Geistes entpfaffen; den veränderten Umständen muß man Rechnung tragen, aber daß sie undurchführbar wäre, muß ich auf das Entschiedenste bestreiten; ich glaube vielmehr, daß die veränderten Umstände ihre Durchführung wesentlich erleichtern, da der Ausschluss Österreichs erfolgt und die Oberhandfrage er- ledigt ist; die räumliche Begrenzung des neuen Bundes auf Norddeutschland acceptire ich für den Augenblick, weil ich muß; aber ich verlange, daß dieser räumlich begrenzte Bundestag mit einem Inhalt ausgefüllt werde, der dem Bedürfnis der Nation möglichst entspricht. So viel ich weiß, ist ein Feldherr noch nie belobt worden, weil er einen errungenen Sieg möglichst wenig aus- genützt hat. Das verlangt man aber heute von uns. Was wir aber jetzt nicht bald erreichen, wo die Dinge günstig liegen, wo der Widerstand der Fürsten gebrochen ist, werden wir vielleicht später erst noch durch neue Kämpfe erringen müssen, die wir uns hätten ersparen können. Die Volksvertretung muß meiner Ansicht nach der Regierung immer einen Schritt voraus sein und das Verlangen des Volkes unumwunden aussprechen; sie muß die Regierung weiter drängen, anstatt sie zurückzubalten.

Daß der Träger der Krone Preußens Oberhaupt des deutschen Bun- desstaates werden muß, darüber herrscht nirgends ein Zweifel; der König von Preußen hat ja selbst den Fürstenthumsvorrecht abgethan und an der Spitze des Heeres sich die deutsche Krone selbst auf das Haupt gesetzt. Das Votum des deutschen Volkes hat aber schon vor der Eroberung ohne Druck von Außen dem König von Preußen dieses Recht eingeräumt, und ich glaube, daß dieses Votum einen größeren Werth hat, als die Volksabstimmung, durch die der Herrscher von Frankreich seinen Staatsrecht zu sanktioniren suchte. (Sehr gut, links.) Die Grundrechte in der Reichsverfassung hätten wohl eine Ver- rüchtigung verdient, denn das Bedürfnis der Deutschen geht ebenso sehr auf eine gezielte Sicherung der inneren Freiheit, als eine Stärkung der äußeren Macht; die Freiheit darf von der Einheit nie getrennt werden, und diese Verbindung ist die beste Bürgschaft nicht nur für einen dauernden inne- ren Frieden, sondern auch für die Sicherung des europäischen Friedens. Ich hoffe, daß die geschichtliche Nothwendigkeit, welche dem preussischen Staats- wesen vorgeschrieben ist, uns hierbei zu Statten kommen wird. Diese geschicht- liche Nothwendigkeit hat es mit sich gebracht, daß die deutsche Kaiserkrone, die von Preußen früher ausgeschlagen worden ist, jetzt erlangt werden mußte; die geschichtliche Nothwendigkeit hat zum Bündnis mit Italien gegen Oesterreich geführt und alle die wunderbaren Wandlungen unserer Politik hervorgebracht, an die noch vor wenigen Jahren Niemand gedacht hat. Ich hoffe deshalb auch, daß die Staatsregierung recht bald in die von mir bezeichneten Bahnen eintreten muß, sie mag sich dagegen stemmen, so viel sie will. (Bravo links.)

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich hätte eigentlich erwartet, daß der Herr Vorredner uns einige positive Vorschläge über den künftigen Inhalt der Reichs- oder Bundesverfassung machen würde; ich war recht ge- swant darauf und bereit, dieselben nach bestem Erkenntnis zu benutzen. Denn was ich vor Kurzem an dieser Stelle gesagt über das gemeinsame einseitliche Wirken von Regierung und Landesvertretung, ist mehr als eine bloße Redens- art, sondern eine ernste Absicht, die aus wahren Gefühl und dem aufrichtigen

Wunsche danach entsprungen ist. Positives habe ich jedoch in den Auslassungen des Herrn Abgeordneten nichts gefunden, als die Grundrechte, die ich als nicht zu meinem Ressort gehörig betrachte. (Heiterkeit.)

Wehr zur Aufklärung der öffentlichen Meinung, als zur Vertheidigung dessen, was die Regierung in diesem Augenblicke vertritt, erlaube ich mir noch einige Bemerkungen zu den Worten des Herrn Vorredners hinzuzufügen. Derselbe tadelt zuerst den Dualismus in der ursprünglichen Vorlage, weil Bayern nach derselben die Stelle eines Oberfeldherrn des süddeutschen Heeres angewiesen war. M. H., ich erinnere daran, daß diese Vorlage ge- macht wurde vor dem Kriege, als wir die Hoffnung, den Frieden erhalten zu können, wenigstens noch nicht ganz aufgegeben hatten; sie war auf friedliche Verhandlungen berechnet, und das Ziel, das man sich durch friedliche Ver- handlungen erreichbar denkt, ist allerdings ein anderes, als das, was man nach einem siegreichen Kriege ins Auge faßt. Als dualistisch kann ich aber diese Vorlage doch nicht ansehen. Es war lediglich in den militärischen Ein- richtungen eine dualistische Einrichtung getroffen, weil wir einsehen, daß die Ansprüche Preußens auf den alleinigen Oberbefehl in friedlichem Wege nicht durchzusetzen gewesen sein würden. Die übrigen Einrichtungen hätten jedoch ein hinlänglich festes Band der Einheit gewährt. Der Herr Abgeordnete hat nachher das jetzt Errichtete oder Erreichte kritisch als zu gering. M. H., es ist immer das glänzendste Feld der Opposition gegen die Regierung gewesen, daß man für das, was im Augenblicke nicht erreichbar war, der Regierung die Schuld aufbürdete. Ich kann darauf nur erwidern, daß wir vielleicht Besseres er- reicht hätten, wenn Sie diese Politik mit Entschiedenheit unterstützt hätten (Bravo! Rechts) und wenn wir, gebunden an Hände und Füße, wie wir waren, dennoch diese Resultate haben gewinnen können, so berechtigt das die- jenigen, die dieser Politik ein wesentliches Hindernis gewesen, am wenigsten zu einer solchen Kritik. Der Herr Abgeordnete tadelt unter Anderem, daß in dem Bundesvertrage nur von der Konföderation die Rede sei, die auf Preußen allein übergeht, während das Recht der diplomatischen Vertretung im Auslande jenen Regierungen bleibe. Meine Herren, Sie überschätzen die Bedeutung der Diplomatie, wenn Sie eine solche Forderung aufstellen. Ich erinnere mich, daß 1848 und 1849 die günstigste Zeit gerade für Ver- handlungen über diesen Gegenstand mit den Fürsten verloren ging. Die Regierungen legen gerade auf dies ihr Ehrenrecht ein unverhältnismäßiges Gewicht, und verstehen sich zu seiner Abtretung grade am allergeringsten. Ich sage, ein unverhältnismäßiges Gewicht, denn wenn die Stellung eines Landes wirklich so bedeutend ist, daß das Ausland Rücksicht auf dasselbe neh- men muß, so wird ein Offizier, ein Kaufmann, ein Privatmann genügen, diesen Verkehr zu vertreten und der Fürst kann, wenn er will, im unheimbar- nen Gewande empfangen; ist aber die Stellung des betreffenden Fürsten nicht von der Bedeutung, so mag er immerhin Votivschäfer schicken, das thut nichts; seine eigenen Stände werden sehr bald diesen kostspieligen Luxus be- seitigen. (Heiterkeit.) In dieser Beziehung auch nur um ein Haar mehr for- dern als man zur Basis künftiger praktischer Entwicklung braucht, halte ich immer für einen Fehler, der sich strahlt. Für eine Landesvertretung ist es leicht, Regierungsvorlagen zu corrigiren und dann die Verantwortlichkeit für die Wirkung derselben dem Minister des Auswärtigen zu überlassen. Wie sehr Sie aber diese Sache dadurch erschweren, daß Sie sich lossagen von der Verantwortlichkeit, das kann nur der fühlen, der mitten in diesen Verhält- nissen steht.

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß der Sieg auf dem politischen Ge- biete nicht genug ausgenutzt sei. Ja, m. H., über die Tragweite eines Sie- ges kann man sich leicht irren; ob wir uns geirrt haben, wird erst die Zukunft zeigen. Es muß der späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Mo- mente aufzuzählen, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie die alle kennen, glaube ich, wird man uns zugeben, daß wir eine ziemlich kühne Politik ge- macht haben. Man kann da sehr leicht die Linie überschreiten, wo die weitere Ausbreitung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die alles auf's Spiel setzt, und die kaum mehr Muth, sondern Waghalsigkeit genannt wer- den dürfte. Ich habe schon angedeutet, wir glauben in den Ergebnissen des Krieges die Grundlagen des neuen Bundes zu besitzen, was wir brauchen, um feste, dem nationalen Gefühl entsprechende Anordnungen zu treffen. Nichtsdestoweniger ist das Beste der Feinde des Guten; aber Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, und nicht bloß Rom, sondern auch geringere politische Schöpfungen erfordern eine längere Zeit und längere Vorbereitungen. Wenn der Herr Vorredner mit mir auf derselben Seite des Hauses oder der politischen Welt sich befände, so würde er diese Wahrheit mit mehr Willig- keit anerkennen, als aus seinem ausgesprochenen Tadel zu entnehmen war- (Beifall.)

Abg. Achenbach (für die Vorlage). Ich halte es für zweckmäßig, dem Parlamente für jetzt nur eine beratende Stellung einzuräumen. Wenn wir heute bei Gelegenheit der Beratung dieses Gesetzes alle möglichen Herzens- wünsche äußern wollten, so brächten wir durch die Verschiedenheit dieser Wünsche, die ja weit auseinander gehen, die Regierung in eine peinliche Lage. Herr Schulze verfällt zu sehr in den Fehler des deutschen Idealismus, während hier die Sache vom rein praktischen staatsmännischen Standpunkt zu behandeln ist. (Die Unaufmerksamkeit und Unruhe im Hause erschweren das Verständnis des Redners.) In der Herstellung des Bundesstaats, (en- det der Redner) wie ihn die Regierung jetzt in dieser Vorlage anbietet, er- blicke ich die einzige Gewähr für die Zukunft. (Beifall.)

Um Essen und Trinken dreht sich eine ganze Welt, um den Magen zu versorgen, setzt sich Alles in Bewegung und der Grashalm wie ein ganzes Königreich geht zuletzt in Blut unter. Herz und Magen sind die beiden Pole, die einen scharfen Gegensatz bilden, wie er sich durch das ganze Leben zieht. Das Herz ist Idealist, es schlägt begeistert für alles Große und Schöne, es vermag sich nie in das schändliche Treiben des All- tageslebens zu finden, es lebt nur von Blut und über ihm liegt die Lunge, die ihm den Aether zuführt und stets die Wogen des Lebens höher treibt. Unter dem Herzen liegen die Organe, die das Irdische aus dem Blute ausscheiden, die Leber, der Magen, die Nieren. Der Magen besonders ist Materialist, er kann nicht von der Luft leben, wie es das idealistische Herz so gern möchte, er will den Realismus, das Handgreifliche.

Wie aber überall ein Zueinanderkommen der Gegensätze notwen- dig ist, so müssen wir im Leben beiden Organen mit gleichem Maße Rechte und Pflichten zuwägen.

Unser jetziger Materialismus freilich mit seiner Stoffwechsellehre stammt nur aus dem Magen, und sollen wir nicht ganz in irdischen In- teressen untergehen, dann muß auch das Herz wieder mitsprechen dürfen und den Menschen auf jene höhern Güter verweisen, die wie Licht und Aether uns wunderbar beleben und erfrischen, und doch den groben Sin- nen ewig unsichtbar und unsagbar bleiben. Mag auch Molekott für und aus dem Magen schwärmen und ausrufen: „Durch die Nahrungs- mittel entstehen feurige und ruhige, denkende und denkfaule Wesen! Wenn die Nahrung zu Blut und das Blut zu Nerven, zu Knochen und Hirn wird, muß da nicht die Gluth des Herzens, die Kraft des Muskels, die Festigkeit der Knochen, die Regsamkeit des Hirns bedingt sein durch die Stoffe der Nahrung!“ — für uns haben die Aussprüche unserer Dichter höheren Werth, die uns an Güter erinnern, die wir uns nicht erziehen und ertrinken können. Sie stammen nicht von Außen her, das Herz nur giebt davon Kunde.

Freiheit und Tugend, sie lassen sich durch kein noch so delikates Frühstück zu unserem Eigenthum machen. Wir verdanken sie der Bildung des Herzens und des Willens. „Diejenigen Menschen, welche bloß nach sinnlichem Genuß und Erwerbe trachten, bleiben auf der untersten Stufe der Menschheit stehen; ihre Blicke sind gleich denen der Thiere auf die Erde gerichtet. Essen und trinken füllt ihr ganzes Leben aus, sie ahnen nicht die Würde ihrer unsterblichen Seele und empfinden nie ein reines, dauerhaftes Vergnügen!“ So sagt Plato und mit dem Anspruch dieses Griechen wollen wir unser Küchenlatein schließen.

Ludwig Habicht.

Gefühl der Ermattung die Anzeige der ihm entzogenen Kräfte giebt. Bei vollem Magen ist weder eine angestrengte Muskelthätigkeit, noch ein tiefes Nachdenken ohne Erschöpfung der Kräfte möglich. Das wußten die Römer, und „ein voller Bauch studirt nicht gern“, ist sprichwörtlich ge- worden. Darum ist der von den Aerzten so oft angefeindete Mittagsschlaf durchaus nicht so gefährlich, vielmehr gesund, wenn er mehr in sitzender Stellung abgehalten wird und das schöne Maß von einer halben Stunde nicht überschreitet. Ein längeres „Nicken“ hat Kopfschmerzen im Gefolge. Sehr starke Muskelbewegung gestattet gleichzeitig keinen wissenschaftlichen Verstandesgebrauch, darum machen sich Handarbeiter „mit Gedanken“ so wenig Kopfschmerzen, sie kommen nicht erst zum Denken, und geschieht es ja, dann laufen ihre Gedanken folglich wieder „zu den Händen hinaus.“ Friedrich der Große bemerkt: „Wenn ich das Physische des Menschen be- trachte, kommt es mir vor, als hätte uns die Natur mehr zu Postillons, als zu sitzenden Gelehrten geschaffen.“

Jedes Glied, jede Zelle des Menschenorganismus stirbt in jedem Augenblicke, um in jedem Augenblicke einen neuen Geburtstag zu feiern. Jede Zelle zieht aus dem Blute den ihr verwandten Stoff an und ver- wandelt ihn in sich, und jede Zelle giebt die Schuppen ihres Lebens an den Blutstrom ab, dem kraft ihrer Eigenlebensigkeit und kraft ihres Zusam- menlebens mit dem ganzen Organismus. So ist der menschliche Orga- nismus in einer unaufhörlichen Erneuerung begriffen, der zufolge der- selbe in einer bestimmten Zeit ein total anderer geworden ist, und der Mensch also während seiner vielfährigen Lebenszeit in Wahrheit viele ganz neue Leiber erhält. Schade nur, daß sich die Seele von all' ihren mora- lischen und physischen Gebrechen nicht eben so leicht loskuppeln und ein schlechtes Leben damit vertauschen kann! Trotz all' der neuen Leiber, in die wir, wie ein irdischer Gott uns verpuppen, muß das „alte Ich“ für alle Sünden des abgefallenen Leibes einstehen und wird dafür nach uner- bittlichen Gesetzen physisch und moralisch verurtheilt.

Lichtenberg klagt auch: „Es ist wirklich nichts Abscheulicher, als wenn sich selbst zugedroht Strafergerichte noch einlaufen, nachdem schon lange angefangen hat, sich zu bessern.“ Und doch hing Alles nur von unserm Blut ab — unser ganzer Organismus ist nichts als geron- nenes, kristallisiertes Blut, und das Menschenblut ist das flüssige und fließende Menschenleben. Schon Heraklid ruft aus: „Alles fließt, nichts besteht, noch bleibt es je dasselbe.“

In die Lungen steigt die Luft, um Blut zu werden und das Blut, um Luft zu werden. Aus den Lungen strömt das Blut durch die Arte- rien nach allen Organen des Leibes, um Leib zu werden. Durch die Venen wandelt der feste Leib in Blut zurück, um aus ihm Luft zu wer- den. Es giebt Leute, die fast von der Luft leben und sich dadurch von Brustleiden heilen können: es sind die Leuchtthurmwächter. Die Lam-

pen der Leuchtthürme werden mit Stockfisch geistigt und die Luft ist mit den flüssigen Bestandtheilen des Oels so stark erfüllt, daß die Wäch- ter eine fortwährende Thranatur genießen, deshalb lehnen sie auch gewöhn- lich frisch und rosig aus den Leuchtthürmen zurück.

Im Allgemeinen muß der Mensch täglich ein Bierzigstel von seinem Leibesgewicht zur Nahrung haben und dies durch 2—3 Pfund Speise und 3—4 Pfund Getränke ersetzen. Wer nun schon in den Getränken wie Bier u. dem Magen Nahrungsstoff zuführt, der wird freilich nicht mit seinen auf ihn repartirten 2—3 Pfund Speisen fertig werden. Bei der Frau ist der Stoffwechsel minder lebhaft, sie ist leiblich und geistig mehr passiv. Daher bedarf die Frau weniger und minder nahrhafter Speisen und Getränke, für sie ist und bleibt mit gutem Grund das Na- tionalgetränk und die Parole des Tages — Kaffee.

Das Essen und Trinken fesselt den Menschen ganz an den Augenblick, er vergißt darüber Vergangenheit und Zukunft, und es wird selten Ge- mand geben, der nicht ein heiteres Gesicht macht, wenn ihm sein Lie- bungsgericht entgegenschlägt, ja die Bewegung des Kauens läßt gar nicht mehr einen entschiedenen Ausdruck des Zornes oder der Verdrießlichkeit zu; eine satte Befriedigung legt sich über die düstersten Falten des Un- muths und macht aus dem zornsprudelnden Bösen ein friedlich lachendes Lamm. Daher werden die schwierigsten Geschäfte so gern bei Essen und Trinken abgemacht, eine weiche, elegische Stimmung kommt über jeden Essenden und Voltaires Candid fand erst nach dem Essen das Leben erträglich. Bulwer giebt in seinem „Pelham“ den Rath, einem Men- schen, dessen Vertrauen man gewinnen wolle, erst etwas vorzusetzen, bevor man sich ihm eröffne. Sagt doch schon Prinz Heinz: „ich habe es in einer Viertelstunde so weit gebracht, daß ich nun mein Becherglas mit jedem Kesselflicker in seiner eigenen Sprache trinken kann,“ und das ist eine nicht zu verachtende Kunst. Sancho Panza versichert auch: „ich trinke, wenn ich Lust habe und wenn ich sie nicht habe und wenn man es mir giebt, um nicht geizt oder ungezogen zu scheinen; denn wenn ein Freund eine Gesundheit ausbringt, wozu ein marmorfeinernes Herz muß der haben, der darauf nicht Bescheid thun sollte.“ Das ist der Typus eines echten Bedienten, der kein volles Glas stehen läßt und dem selbst das kleinste Geschenk zu einem Trintgelde wird.

„Ein traurig Herz ist immer durstig,“ sagt ein deutsches Sprüch- wort — und — ein deutsches Herz ist immer — traurig. Es giebt dafür auch einen triftigen Grund, Traurigkeit stört die Verdauung, der Magen verträgt keine festen Speisen mehr und muß sich mit flüssigen begnügen.

Wird dies Heilmittel gegen die Traurigkeit zu reichlich angewandt, so rechtfertigt sich freilich Salpässes Schmerzensschrei: „Die Pest über das Trauern und Seufzen, es treibt die Menschen auf wie einen Schlauch.“

Abg. Virchow (gegen den §. 1): Der Vorredner hat ein glänzendes Beispiel geliefert, was man in Verständnissen leisten kann. Er fordert mich zur Resignation auf, während ich gestern von der Resignation derer sprach, welche jetzt die neuen Pflichten des Ministerpräsidenten mitmachen und jetzt für das allgemeine Wahlrecht stimmen, das sie bekämpft haben. Für sie gebührt es sich daher, diese Konventionen mit einer gewissen Resignation zu vollziehen. Ich habe keine Veranlassung dazu, sie zu üben, denn ich habe stets für Parlament und allgemeines Stimmrecht gestimmt. Aber ich verstehe nicht, wie Jemand, mag er noch so neu im politischen Leben sein, in der Selbstverleugung so weit gehen kann, daß er, während er mit allen seinen Traditionen bricht, nun noch in großes Jubelgeschrei ausbricht über das, was er verrichtet. (Heiterkeit.) Die großen Erfolge der Regierung habe ich nie verkleinert. Sie hat große, wunderbare Erfolge erreicht auf ihrem Wege, der nicht der meine ist. Ich sehe diese Erfolge mit höchstem Erstaunen, mit der größten Verwunderung an (hört! hört! rechts), bin aber darum nicht überzeugt, daß sie zu einem dauerhaften Heil für Deutschland ausschlagen. Handelt es sich, wie der Herr Ministerpräsident gesagt hat, um eine starke preussische Hausmacht, so ist dasselbe Streben für Reich und Grund seiner Katastrophen gewesen. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren, Reichthum hat dadurch, daß es sich eine starke Hausmacht schaffen wollte, das heilige römische Reich zersplittert. Ich kann nicht sagen, daß der Herr Ministerpräsident auf demselben Wege, auf dem er bisher große Erfolge aufzuweisen hat, zur Einigung Deutschlands gelangen kann. Könnte ich das, ich würde in diesem Augenblicke zu den Partisanen des Herrn v. Bismarck übergehen. Bei Annahme der Annexionen habe ich die Resignation des Stillstehens ausgesprochen, die ich manchen anderen Rednern gewünscht hätte. Ich habe dies schwere Werk mit voller Hingebung in dem Gefühl vollzogen, an einem Werke mitzuwirken, das nicht aus meiner Ueberzeugung hervorgegangen ist. Seitdem sehen wir die Regierung immer mehr behindert auf ihrem Wege und immer mehr in die Verwickelungen der Kabinettpolitik gerathen. Nun sagt der Herr Ministerpräsident freilich, unsere Opposition sei daran schuld, daß er nicht größere Erfolge erzielt. Ich halte das für eine glückliche dialektische Wendung, doch würde ihm die Unterstützung des Abgeordnetenhauses nicht gebräut haben, wenn er die gewisse kühne Politik, die er eine Zeit lang verfolgt hatte, noch eine Zeit lang hätte fortsetzen wollen. (Murren rechts.) Aber er hat gerade da Pakt gemacht, wo die Gefahr der Zerstückelung Deutschlands anfängt und anstatt möglichst rasch Einrichtungen zu schaffen, durch welche den Süddeutschen die offene Hand dargeboten wird, will man hier jetzt ein Vorparlament schaffen, nicht ein Parlament. Hier wird nicht der Reichstag des norddeutschen Bundes geschaffen, wie die Vorlage es verführerisch ausdrückt, sondern ein Vorparlament, um die Grundzüge zu finden, die der Beschlußnahme der einzelnen Landesvertretungen unterworfen werden sollen. Wollen Sie Hannover, Kurbessen, Nassau, Frankfurt, den Herzogthümern, wo nach Ihrer Auffassung eine geistliche Vertretung nicht mehr besteht, die Beschlüsse des Vorparlaments, über welche die preussische Landesvertretung sich ihr Votum vorbehält, oktroyiren? Kommen diese Staaten dadurch nicht in die Lage von Heloten? Die Regierung hätte uns die Grundzüge des neuen Bundes ebenso mittheilen sollen, wie sie dieselben den deutschen Regierungen mittheilt; dann hätten wir unsere Vollmacht ganz geben und zeigen können, wie weit unsere Resignation, unser Verzicht auf partikuläre Einrichtungen geht. Aber durch das Vorparlament, dessen Beschlüsse von den Einzelfaaten genehmigt werden sollen, konstituiren Sie nimmermehr den norddeutschen Bund, den auch ich so viel als möglich fördern möchte. Die Regierung mußte statt dieses zweifelhaften Weges ehrlich den Weg des deutschen Parlamentes betreten, es mit starkem Recht ausstatten und sich namentlich über seine finanzielle Befugnis klar aussprechen. Es steht aber in ihren Entwürfen nur, daß der Reichstag Ausgaben für Marine und Heer beschließen soll. Und dieses Vorparlament soll uns von der Sorge wegen der Heeresvermehrung, von dem Streit über die Reorganisation entlasten? Das kann nur der Reichstag und wir werden in die neue Session eintreten, ohne daß diese Verhältnisse geordnet sind. Es wäre daher einfacher und besser, das ganze Gesetz abzulehnen und die Regierung dadurch zu zwingen, ein anderes vorzulegen, das einen bestimmten Inhalt der Rechte des künftigen Parlaments und der Grundzüge der Verfassung des norddeutschen Bundes gäbe, so daß wir mit seiner Annahme dem Reichstage von vornherein ein bestimmtes Mandat erteilen.

Ministerpräsident v. Bismarck: M. H.! Ich glaube mit dem Schlusse antrage des Herrn Vorredners würden wir noch tiefer in die falschen Wege kommen, welche, wie ich glaube, einzelne Amendements einschlagen, daß wir nämlich schon bei Gelegenheit des Wahlgesetzes die Reichsverfassung fertig machen sollen. Im ersten Theil seiner Rede hat der Herr Vorredner selbst die Bedenken dagegen geltend gemacht, indem er die Schwierigkeiten, welche die übrigen Bundesgenossen bereiten könnten, hervorhob. Zu manchen wesentlichen Punkten bin ich zu meiner großen Ueberraschung mit dem Vorredner einverstanden; aber es ist unser unglückliches Schicksal, daß, selbst wo der Sache nach eine Uebereinstimmung vorhanden ist, diese doch dem Zweifelstüch ähnlicher steht, als dem Verständniß. (Heiterkeit.) Ich nehme aber eigentlich das Wort, um eine Aeußerung zu berichten, welche der Herr Vorredner von mir als „dialektische Wendung“ zu citiren beliebte und wie ich glaube, nicht genau. Ich hatte nur gesagt, ich würde nicht den Muth haben, das, was erreicht worden ist, zu kritisiren, wenn ich mir sagen müßte, daß ich denn, der es erreicht, sein Streben immer auf jede mögliche Weise nach Kräften erschwert hätte. Es wird ferner Eines übersehen, was ich nicht genug wiederholen kann: wir sind nicht am Ziele unserer Bestrebungen, sondern am Anfang; das Vorliegende ist nicht ein Fertiges, Abgeschlossenes! Er hat oft darauf hingedeutet, wir hätten unser Ziel noch nicht erreicht, obgleich er, wie ich glaube, das bisher erreichte als Ziel betrachtete; er erklärt ferner, wenn er die gewünschten Erfolge sehe, würde er sich der Regierung gern anschließen. Der große Werth, den ich auf diese Unterstützung lege, veranlaßt mich dem Herrn eine Betrachtung zu Gemüthe zu führen. Seit 4 Jahren hat er stets das Gegenheil von dem prophezeit, was eingetroffen ist; (Heiterkeit rechts) ich habe daher die Hoffnung, daß er sich auch jetzt irren wird und er kann sich daher schon von heute ab dreist der Regierung anschließen. (Heiterkeit.)

Vom Gr. Bethusy ist das Amendement eingegangen, hinter „Berathung“ einzufügen, „und Vereinbarung“. Ein Antrag auf Schluß der Debatte über §. 1 wird abgelehnt.

Abg. John (Koblenz). Der Herr Ministerpräsident hat in seiner ersten Aeußerung darauf aufmerksam gemacht, daß §. 1 der Kommissionsvorlage ein Amendement ist und daß alle diese Amendements geeignet seien, der endlichen Annahme des Gesetzes bei den übrigen Regierungen und somit dem Zustandekommen des Ganzen überhaupt hinderlich zu sein. In dieser Beziehung will ich mir erlauben, aufmerksam zu machen, daß dieses Gesetz auch ein preussisches Gesetz ist und als solches beurtheilt werden muß, daß, wenn einzelne Zusätze beschloffen und empfohlen worden sind, damit nicht gesagt werden sollte, daß dies Erweiterungen innerhalb der Vertragsbestimmungen sein sollten, sondern daß dadurch die preussische Regierung sich nur gegenüber der preussischen Landesvertretung binden sollte. Diese beiden Gesichtspunkte müssen wir auseinanderhalten, wenn wir über die Zulässigkeit jener Zusätze urtheilen wollen. Um Uebriens gereicht es mir zur großen Freude, daß, indem er sich den Ausführungen der Herren Twoeten und Simon anschloß, hat er selbst derjenigen Auffassung den Vorzug giebt, welche den §. 1 der Vorlage für notwendig erachtet. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn §. 1 nicht angenommen werden sollte, das ganze Wahlgesetz die erheblichsten Bedenken gegen sich hätte. Wir haben hier ein Gesetz, welches zu seiner wesentlichen Voraussetzung die fertig vorliegende Reichsverfassung hatte, auf welcher es in seinen wesentlichen Bestandtheilen beruhte, welches nur deshalb erlassen ist, weil die Verfassung die Befugnisse einräumte, welche notwendig waren. Jetzt ist es losgelöst von dieser Verfassung. Wenn man sagte, daß es natürlich sei, auf das Wahlgesetz von 1849 zurückzugehen und frag, ob denn die nationalen Bedürfnisse jetzt nicht dieselben seien, wie damals, so antworte ich mit der größten Bestimmtheit: nein! Seitdem die Reichsverfassung erlassen ist, haben sich die Territorialverhältnisse in Deutschland so geändert, daß, wenn man auch noch vom Bundesstaate spricht, diese Prinzipien doch im Wesentlichen vorüber sind und daß, geboten durch das preussische Uebergewicht im Norden, die bundesstaatliche Organisation vorüber ist; es fehlt jetzt die erforderliche Menge und Ponderanz einzelner Staaten. Ich will noch den einen Punkt erwähnen, daß zur Zeit, als die Reichsverfassung erlassen wurde, die preussische Verfassung noch nicht existirte; heute besteht sie seit 1850, hat sich ausgebildet, hat ihre Kämpfe durchgemacht und ist ins Leben eines großen Theiles Deutscher übergegangen und erlangt bald noch weitere Ausdehnung. Wir haben also eine verfassungsmäßige Einigung eines großen Theiles Deutschlands, das ist sicher; und es ist sehr die Frage, ob ich anders als mit der größten Vorsicht einem andern Parlamente etwas von meinem Rechte übertragen darf. Das Wahlgesetz hat jetzt ganz andere Prinzipien, von welchen man annimmt, daß sie der Freiheit günstiger sind und doch ist uns der Grad

der politischen Freiheit, den uns das preussische Wahlgesetz giebt, immer nur, wie es scheint, mißkannt worden. Soll man annehmen, daß indem man uns jetzt etwas viel Höheres offerirt, man uns ein Danaergeschenk geben will, glaubend, daß es Resultate erzielen wird, die der Freiheit weniger günstig sind? Ueber alle diese Bedenken aber komme ich fort, wenn die zu berufende Versammlung lediglich beratend ist. Deswegen muß das eben eingereichte Amendement zurückgewiesen werden; es ist schon ein unangenehmer Dnen, es wieder an die Spitze zu stellen. Diese Versammlung wird ein bestimmtes Resultat wohl haben und ich kann wünschen, daß sie zusammentritt, um die Regierung in dieser deutschen Politik zu unterstützen. Ueber die Kritik, welche geübt worden ist, erlaube ich mir nur die Bemerkung, daß sie mir bisweilen so schien, als wenn ich im Privatleben eine Kritik über einen Autor lese, wobei der Autor doch mehr von der Sache versteht, als der Kritiker. (Bravo, rechts.) Die Ansicht, daß die Aeußerung über die Stärkung der preussischen Hausmacht die Besorgnis erregen könne, daß damit in österrische Prinzipien eingeleitet werden solle, beruht wohl auf einer falschen Auffassung. Die österrische Hausmacht ist nicht aus deutschen Ländern, sondern aus Ländern der verschiedensten Nationalitäten gebildet worden, und hat sogar deutsche Länder preisgegeben; das kann man nicht mit der hohenzollernschen Hausmacht vergleichen, welche sich lediglich in Deutschland stärken will. Was aus diesem Parlament werden soll, ist mit Sicherheit nicht vorauszuweisen; es ist zu wünschen, daß die Verfassung, welche es schaffen wird, so sein möchte, daß auch dieses Haus sie mit Freuden als eine Verbesserung erkennen möchte. Es ist möglich, daß sich in den Arbeiten des neuen Parlaments eine Pforte öffnet, durch welche der Eintritt des Südens in den Bund erleichtert wird. Eines wird ganz gewiß erreicht werden: es wird durch dieses zusammenzutretende Parlament das parlamentarische Siegel auf diejenige Basis gedrückt werden, daß der König von Preußen alleiniger Inhaber der Militärmacht ist, und wenn Nichts weiter erreicht wird als dies Eine, so ist es genug für die geschichtliche Entwicklung Deutschlands. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über §. 1 wird abgelehnt.

Abg. Schulze (Berlin). Dem Vorwurf des Herrn Ministerpräsidenten gegenüber bemerke ich, daß ich nur einigen berechtigten Forderungen Ausdruck zu geben wünschte, welche vielleicht bei der Ausarbeitung der Vorlagen Berücksichtigung verdienen: die straffe einheitliche Zusammenfassung der Kräfte der Nation nach Außen und dann die Grundrechte. Das ist Alles in der Reichsverfassung formulirt und wenn die Regierung darauf Rücksicht nehmen will, so kann sie dazu nichts Konkretes finden. Der Herr Ministerpräsident legt im Gegentheil zu meiner Ansicht auf die einheitliche diplomatische Leitung wenig Gewicht. Er steht allerdings in der Mitte der Dinge, welche uns unendlich viel weniger zugänglich sind. Ich möchte aber doch daran erinnern, daß die diplomatische Vertretung, Sachsens z. B., manche Intriguen gegen Preußen angesetzt und der Regierung immerhin einigermaßen hemmend gewesen ist. Darauf ist also nicht ein so ganz geringes Gewicht zu legen. Es ist mir ferner durchaus nicht klar geworden, worin die Hindernisse bestehen sollen, die wir dem Herrn Ministerpräsidenten in der auswärtigen Politik bereitet haben sollen; man kann doch Zielen nicht entgegengetreten, die man gar nicht kennt, welche man gar nicht abnt. Wir haben die Regierung mehr als ein Mal auf diese Ziele hinzudrängen versucht. Ich möchte dringend, daß die Einigung zwischen Regierung und Volksvertretung auch auf diesem Gebiete besser als bis jetzt geschaffen werde und die Bedingung dafür gebe ich mit den Worten, daß ich erkläre, ich glaube, der Leiter der deutschen Staatsregierung, die diese Einigung will, der auf der ganzen Volkskraft fußen will, wird genöthigt sein, neben diesen Zielen der äußeren Politik sich auch mit dem Studium der Volksrechte zu befassen, von dem er freilich erklärt, daß sie nicht zu seinem Ressort gehören; er wird sie in seinen Kreis ziehen müssen, ehe er auf allseitige Unterstützung rechnen kann. (Bravo.)

Abg. Waldeck. Meine Herren! Ich bin gewiss kein Schwärmer für dieses Gesetz; ich glaube, daß die Bedingungen, unter denen es ursprünglich projektirt war, ganz verändert sind. Den Vorwurf des Kollegen Virchow, wenn er mir gelten sollte, daß ich mich jetzt einer gewissen Resignation ergebe, weise ich entschieden zurück. Ich habe meinen Standpunkt nie geändert; ich habe den preussischen Staat immer so groß und mächtig gewollt, wie es nur immer möglich ist, weil dies die beste Grundlage für die Einigung Deutschlands ist. Ich bin so glücklich oder vielleicht so unglücklich, mich an den Frankfurter Bestrebungen nicht betheiligen zu haben, aber ich muß gestehen, daß ich einen Erfolg so frühzeitig nicht erwartet hätte, mein Urtheil ist hier also unbefangener geblieben. Ich halte den Bundesstaat für gut, aber den Einheitsstaat mit freierlicher Verfassung für besser! (Bravo.) Diesen Standpunkt habe ich immer vertreten. Deshalb habe ich die Annexion mit großer Freude begrüßt. Es ist mit diesem Gesetz nicht viel anzufangen. Von größeren Staaten hören wir noch nichts; die Thüringer werden uns wohl nicht sehr genieren. Was soll dieses Parlament, in welchem Preußen doch die ungeheure Uebermacht hat? Wozu sollen die 2 Parlamente, die doch 1848 so großen Schaden angerichtet haben? Materiell wird dabei nicht viel herauskommen. Wenn ich aber dennoch für dieses Gesetz stimmen werde, so geschieht es weil die Regierung bereits die Verpflichtung übernommen hat, das Parlament auf diese Weise zu Stande zu bringen (Bravo rechts) und es andererseits immer anerkannt werden muß, wenn man auf das Volk zurückgeht und seine Theilnahme sucht. Dieses demokratische Prinzip, verbunden mit den allgemeinen Umrissen, hält mich ab, gegen das Gesetz zu stimmen, weil es einen andern Weg, zum Ziele zu gelangen jetzt nicht giebt.

Wenn ich aber dafür stimme, so muß ich doch sagen, so wenig vielleicht die Grundrechte zum Ressort des auswärtigen Ministeriums gehören, so wenig gehört die auswärtige Politik zu meinem Ressort, zu welchem vielmehr die Rechte des Volkes gehören. (Bravo.) In diesem Ressort habe ich immer gewirkt. Wenn der Herr v. Bismarck diese großen Pläne wirklich von Anfang an gehabt hat, so haben wir davon wenigstens nichts gemerkt. Es ist hier auch Schleswig-Holstein berührt worden; auch darüber kann ich unbefangenen urtheilen, weil ich die Resolutionspolitik nie getheilt habe, weil ich zu seiner einzigen mitgewirkt habe. (Bravo rechts.) Das Abgeordnetenhaus hat aber die Politik des Herrn Ministerpräsidenten, seit Schleswig-Holstein mit Dänemark zusammen erobert ist, nicht gebilligt; daran habe ich meinen Antheil, da ich immer gegen alle jene Resolutionen gestimmt habe. Ich habe damals die Erwartung ausgesprochen, daß es noch besser kommen könne; aber diesen allerdings sehr glücklichen Erfolg konnte man nicht voraussehen und nicht hindern. Es waren diese Resolutionen eine Dilettantenarbeit (Heiterkeit rechts) gegen die große Arbeit, die die Aufgabe des Abgeordnetenhauses ist, die in der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes besteht. Ich weiß nicht, wie ein solches Parlament mit unseren Rechten umgehen wird und darum kann es nur beratende Stimme haben, aber nichts „vereinbaren“; es kann unmöglich etwas Definitives feststellen, denn zur Aufgabe und Uebertragung jedes verfassungsmäßigen Rechts ist die Zustimmung unserer Landesvertretung nöthig. Wir wollen es uns nicht gefallen lassen, daß ein solcher Körper, wie er möglicher Weise aus den Wahlen hervorgeht, in einer Trennung das Ausgaberecht ausübt, vielleicht sehr gerings, während er über die Einnahmen nichts zu sagen hat! (Bravo.) Wenn das der Fall wäre, würde die Landesvertretung herabgedrückt werden auf ein Nichts! Es würden uns dann nur partikularistische Angelegenheiten bleiben. Wir können noch nicht übersehen, wie sich die Dinge gestalten werden; es ist das nicht unsere Schuld, vielleicht auch nicht die des Herrn Ministerpräsidenten; wir haben gar keine Idee, wie sich das neue Bundesverhältnis entwickeln wird; aber schon um des Standes unserer Adresse willen müssen wir die Kompetenz dieses Parlaments allein auf die Berathung beschränken. Wir nehmen dies an, weil wir wissen, weil wir keinen anderen Faktor sehen, aus welchem ein Bund hervorgehen könnte; damit aber lassen wir uns Nichts von den verfassungsmäßigen Rechten nehmen, welche wir vertreten! (Bravo!) Wenn der Herr Ministerpräsident beabsichtigt, daß durch die Amendements, welche darauf ausgehen, jedem Parlament die notwendigen Lebensbedürfnisse zu sichern, die Sache sehr in die Länge gezogen werden würde, so traue ich ihm zu, daß, wenn er mit ganz Hannover u. s. w. fertig geworden ist, er wohl auch mit diesen kleinen Hindernissen fertig werden wird. (Bravo rechts.) Der Ausschub bis ins folgende Jahr würde auch gar nicht so schädlich sein. Die Macht ist ja jetzt in den Händen von Preußen und jene Länder haben ja kein Recht, um unsere Rechte zu verkürzen, Begünstigungen zu beanspruchen. Ich bitte Sie also, meine Herren, diese ominöse „Vereinbarung“ wegzuworfen. (Bravo! Bravo!)

Ministerpräsident Graf Bismarck: M. H., Bevor der Schluß angenommen wird, möchte ich nur noch konstatiren, daß die Regierung zwar um des Friedens Willen den Art. I wie er von der Kommission vorgeschlagen wird, sich gefallen läßt, daß sie ihn aber in der Fassung, wie er vom Abg. Grafen Bethusy-Huc amendirt worden ist, lieber leben würde, weil er sich so mehr dem Text der Vorlage anschließt, welche mit den übrigen Staaten vereinbart worden ist. Der Herr Vorredner hat wenig Gewicht gelegt auf den Widerstand der übrigen Staaten. Der materielle Widerstand, den sie leisten

können, ist allerdings nicht bedeutend; aber den rechtlichen Widerstand, den sie zu leisten befugt sind, möchte ich doch nicht so gering anschlagen. Die Zeitlage, in der die Frage zur Entscheidung kommt, kann sich in Jahr und Tag derauf ändern, daß selbst der materielle Widerstand wieder gestärkt werden kann. Wie gesagt, lege ich aber das Hauptgewicht auf den rechtlichen Widerstand.

Die von mehreren Seiten ausgesprochene Befürchtung, als wenn das deutsche Parlament die Machtvollkommenheit des preussischen Parlaments beschränkt werde, kann ich nicht theilen, da ja auch das deutsche Parlament zum großen Theile aus freigewählten preussischen Volksvertretern besteht, und das Ergebnis der Wahl trotz des veränderten Wahlmodus doch im Ganzen analog sein wird dem Resultat der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus; es wird also vom preussischen Parlament hier nur ein Recht auf das preussische Volk zurückübertragen; unter 290 Reichstagsabgeordneten werden sich ca. 240 preussische Abgeordnete befinden, und von diesen kann man doch wohl erwarten, daß sie auch ihrerseits die Rechte des preussischen Volkes wahrnehmen. Wie ich schon vorhin erwähnt, ist die Annahme des Amendements Bethusy-Huc der Regierung erwünschter als der Text der Kommissionsvorlage; wird dasselbe aber nicht angenommen, so wird die Regierung bemüht sein, auch die großen Schwierigkeiten, die sich ihr dann darbieten, zu überwinden, ob mit Erfolg, das steht bei Gott.

Einer der Herren Vorredner hat die Frage an die Staatsregierung und speziell an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet, ob man denn das Ergebnis der Annexion von vornherein berechnet habe. Das Maß der Annexion hing allerdings ab vom Maß der Siege und der Konstellation der europäischen Mächte im Augenblick der Entscheidung, entsoß sich also der diplomatischen Berechnung, so viel kann ich allerdings sagen, daß es ganz ohne Annexion abgehen würde, habe ich allerdings nie geglaubt. (Heiterkeit.) Daß übrigens manchem der Herren meine frühere Stellung zur deutschen Frage so unbekannt zu sein scheint, muß mich Wunder nehmen, da Material zur Kennzeichnung meiner Stellung genügend vorhanden war. Schon im Anfang meines jetzigen Ministeriums habe ich eine Vorlage im Gunsten eines Zollparlaments zu vereinbaren gesucht und im Herbst 1853 wurde dem von Dänemark einberufenen Frankfurter Fürstentage gegenüber ganz dasselbe Programm von Preußen vorgelegt, wie heute. Ganz unbekannt kann also die deutsche Politik des Ministeriums wohl nicht sein.

Was meine vorhin gethane Aeußerung über die Grundrechte betrifft, daß dieselben nicht zu meinem Ressort gehörten, so brauche ich wohl nicht zu bemerken, daß dies lediglich eine Wendung der Rede war, durch die ich nur bezeichnen wollte, daß ich augenblicklich auf die Berathung dieser Frage nicht eingehen könne, da dies nicht zum Wahlgesetz gehört, sondern für die Berathung der künftigen deutschen Verfassung vorbehalten werden muß.

Der Schluß der Debatte über §. 1 wird sodann angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Virchow: Dem Herrn Abg. Waldeck bezeuge ich, daß er immer ein ehrlicher Annexionist gewesen ist, und daß es mir deshalb nicht einfallen konnte, ihn mit meiner angelegenen Bemerkung zu bezeichnen. — Wenn der Herr Ministerpräsident unter besonderem Beifall jener Herren von der rechten Seite meine früheren Prophezeiungen über die preussische Politik als nicht zutreffend bezeichnet hat, so glaube ich wohl, daß die Mitglieder, die den Beifall spendeten, meine Prophezeiungen gar nicht kennen, da sie nicht Mitglieder dieses Hauses waren. Ich kann aber auch die Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht als richtig anerkennen; ich habe früher prophezeit den Krieg mit Dänemark; er ist eingetroffen; ich habe prophezeit, daß die Politik der Regierung die Rückgabe der Herzogthümer Schleswig-Holstein an Dänemark zum Erfolge haben würde (Heiterkeit und Widerspruch rechts); ja, m. H., das könnte ich Ihnen beweisen. (Der Präsident erucht den Redner, sich in den Schranken der persönlichen Bemerkung zu halten.) — Der Herr Ministerpräsident kann nicht begreifen, wie wir den Muth haben können, hier die Regierungspolitik zu bekämpfen; dagegen muß ich bemerken, daß dazu kein besonderer Muth gehört, über die Erfolge der Regierung zu sprechen, da es ja unser Beruf ist. Wir sind hier im Namen des Volkes und haben dessen Rechte zu wahren.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Der letzte Redner hat meine Worte nicht richtig wiedergegeben; ich habe ihm nicht die Befugnis abgeprochen, über die Erfolge der Regierungspolitik zu sprechen, sondern nur gesagt, daß, da jene Herren die Wege der Regierung auf jede Art erschwert haben, ein besonderer Muth dazu gehört, jetzt zu sagen, die Regierung habe nicht genug erreicht.

Berichterstatter Abg. Twoeten: In der Kommission sind viele Amendements abgelehnt worden, trotzdem man deren Nützlichkeit erkannt hat, nur weiter keine Schwierigkeit zu machen. Was die Begamendierung der „Vereinbarung“ betrifft, so hätte dies nur dann unterlassen werden können, wenn der Herr Ministerpräsident erklärt hätte, daß die Regierung die Vorläge, die sie beim bevorstehenden Reichstage vorbringen werde, auch nur als vorläufig betrachte. Man warnt uns vor der Eifersucht gegen den Reichstag, aber diese Eifersucht ist gerechtfertigt, so lange wir nicht wissen, an wen eigentlich wir unsere Rechte abtreten. Allerdings zwei Parlamente nebeneinander sind ganz unmöglich, die würden leicht eine caesaristische Regierungsgewalt herstellen. Es ist gefragt, wenn nun zwischen der Regierung und dem Reichstage keine Vereinbarung zu Stande käme, was dann? Nun, ich glaube, dann würde die Regierung vorläufig mit den einzelnen Staaten Konventionen schließen müssen. Sollte aber das Werk der Vereinbarung an den Regierungen scheitern sich anlassen, so hoffe ich, daß diesen kleinen Regierungen gegenüber von den realen Machtverhältnissen Gebrauch gemacht werden wird. Wir aber können in diesem Hause so ziemlich die Bürgschaft übernehmen dafür, daß die Bevölkerungen sich den Beschlüssen des Parlaments unterwerfen, mit einer Ausnahme allerdings, das ist die mecklenburgische Ritterschaft. (Heiterk.) Doch auch deren Widerstand wird ihrer Regierung, verbunden mit der preussischen auf die Länge nicht Trog bieten können. Daß wir verlangen, daß bloß dem preussischen Landtage noch die norddeutsche Verfassung vorgelegt werden soll, ist uns als Zufolgekonsequenz vorgeworfen. Wir vertreten aber hier, zumal nach der Inkorporation der neuen Landestheile, fast durchaus die Interessen der norddeutschen Gesamtheit, und darum können wir es allerdings verlangen, unsererseits keines unserer Rechte vorweg aufzugeben, während wir von den Vertretungen der kleinen Staaten dies allerdings fordern. Ich habe aber das Vertrauen, daß wir jene Verfassung annehmen werden, wenn es sich später um eine Annahme en bloc handelt.

Der Herr Ministerpräsident beschuldigt uns, daß wir die auswärtige Politik erschwert hätten. Wer trägt aber die Schuld, daß dies so war? Wie wir glauben die Regierung, weil sie das auf verfassungswidrigem Wege erreichen wollte, was nur auf verfassungsmäßigem Wege erreicht werden konnte. Jetzt aber muß sich die Regierung weitlich auf uns stützen, denn Alles, was im Auslande und in den neuen Landestheilen für Preußen ist, steht ja nur in einem viel engeren Verhältnis, als zur Regierung. (Sehr richtig!) Das Haus ist während der ganzen Zeit sehr unruhig und Redner deshalb auf der Tribüne unverfälscht.)

Abg. v. Katzen: Ich nehme mir als geborener Mecklenburger das Wort, um gegen die Insinuation des Referenten, als ob die Mecklenburger als solche auf Dänemarks Seite sich gestellt hätten, hiermit Protest einzulegen. Der spöttischen Auffassung der mecklenburgischen Ritterschaft von Seiten des Referenten gegenüber möchte ich daran erinnern, daß diese mecklenburgische Ritterschaft Preußen keinen Vacher geliefert hat.

Die Diskussion über §. 1 des Entwurfs wird geschlossen, das Amendement Bethusy-Huc abgelehnt, §. 1 des Entwurfs darauf mit großer Majorität gegen einen Theil der Konservativen angenommen.

Es folgt die Special-Diskussion über die §§. 2, 3, 4 des Entwurfs, dieselben lauten:

§. 2. Wähler ist jeder unbescholtene Staatsbürger eines der zum Bundes zusammenzutretenden deutschen Staaten, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 3. (gleich §. 2 des Regierungsentwurfs). Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2) Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallit-Verfahren gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 3) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 4. (gleich §. 3 des Regierungsentwurfs). Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: Personen, denen durch ein rechtskräftiges Erkenntnis der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

Sämmtliche §§. werden ohne Diskussion angenommen. Die Stimmenzahl verhält sich wie bei §. 1.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Man schreitet zur Diskussion über §. 5. des Kommissions-Entwurfs. Derselbe lautet:

Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Wahlberechtigte, der einem zum Bundesangehörigen Staate seit mindestens 3 Jahren angehört hat.

Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Vergehen schließen von der Wahl nicht aus.

Dazu hat der Abg. Groote das Amendement gestellt, zu Alinea 2 dieses Paragraphen statt der Worte: „Verbüßte oder durch Begnadigung“ zu setzen: „Politische Verbrechen und ihre rechtlichen Folgen schließen von der Wahl nicht aus.“

Es erhält dazu das Wort

Abg. v. Vinke-Obendorf: Als das Amendement des Abgeordneten Groote gestern verlesen wurde, traute ich meinen Ohren kaum, ich habe aber zu meinem Erstaunen dieselben Worte jetzt vor meinen Augen. W. H., hier- nach konnte also ein Hochverräter, einen Landesvertreter vielleicht in der Zeit zwischen seinem Todesurtheile und seiner Hinrichtung noch zum Parlamente wählen. Ich glaube, es braucht kein Wort weiter darüber verloren zu werden. Aber ich habe heute in einer Zeitung aus dem Wahlkreise, dem der Abgeordnete angehört, einige Ausführungen gelesen, die mir in Verbindung zu stehen scheinen mit den Worten, die er gebraucht hat. Lesen Sie dazu, meine Herren, (Nedner spricht mit sehr bewegter Stimme) in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung die Anekdote eines aus dem Kriege heimgekehrten Landwehrmannes über den Empfang, der ihm in Düsseldorf geworden, nachdem er noch zuletzt auf dem Heimmarche die größten Strapazen durchgemacht — Unterbrechung; Auf links: zur Sache! zur Sache! Nedner will fortfahren, wird aber durch denselben Ruf unterbrochen. W. H., ich meine zur Sache zu sprechen, weil ich glaube, daß solche Erscheinungen im Zusammenhang stehen mit Grund- sätzen, die durch die Presse verbreitet werden. Es heißt also in der Norddeutschen Zeitung — (Nedner will verlesen; Wiederholter Ruf zur Sache! zur Sache!) Präsident: Ich bitte den Nedner nicht zu unterbrechen, im Uebrigen kann ich allerdings nicht anerkennen, daß dies zur Sache gehört.

v. Vinke-Obendorf: Dann verzichte ich auf das Wort.

Abg. Ziegler: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht der Herr Vorredner mit so großer Wärme gesprochen; aber seine Leidenschaftlichkeit zwingt mich, die Sache auch von der andern Seite zu beleuchten.

Nedner legt darauf die Entstehung der Strafe des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte dar, erwähnt, daß er selber zehn Jahre derselben verlustig gewesen. (Rechts Aha! und zur Sache!) wegen Verweigerung der Steuern, und spricht sich schließlich für das Amendement aus. (Nedner wird wiederholt von der rechten Seite durch den Ruf: zur Sache! unterbrochen.)

Präsident: Ich möchte doch die Versammlung bitten, mir selber die Entscheidung darüber zu überlassen, ob der Nedner zur Sache spricht oder nicht.

Abg. Zohn (Sachau): Das Amendement verdient gar nicht die strenge Beurtheilung, die es hier von einer Seite erfahren hat. Wollte das Haus dasselbe annehmen, so würde darnach Jemand, dem wegen politischer Verbrechen die Ehrenrechte aberkannt sind, sehr viele andere Rechte verlieren, z. B. als Geschworener, als Zeuge u. d. zu fungiren, aber das, zum Parlamente zu wählen würde er behalten. Darin liegt ein so großer Widerspruch, daß aus diesem Grunde das Gesetz nicht angenommen werden kann. Man mag ja beklagen, daß solche Bestimmungen in unseren Gesetzen vorhanden sind, aber die Korrektur derselben muß man an einer anderen Stelle suchen.

Abg. Groote: Ich würde das Wort nicht eher erbeten haben, trotzdem ich einen Antrag gestellt habe, da ich das Prinzip habe, nur zu reden, wenn ich eine besondere Ansicht begründen will. Es haben indeß die Bemerkungen, die Herr v. Vinke gegen mich sich zu machen erlaubt hat, mir die Nothwendigkeit auferlegt, einige Gegenbemerkungen zu machen. Ich erkläre demgemäß, daß ich mit den Thatfachen, deren er erwähnt hat, nicht in der mindesten Verbindung stehe.

Es sind das Sachen, die in der rheinischen Zeitung vorgegangen sind, und so sehr ich das Blatt sonst schätze, (Murren rechts!) so muß ich doch hinzusetzen, daß ich mit dem Standpunkte, den dasselbe in manchen Fragen eingenommen, namentlich vor dem Kriege nicht einverstanden war. Ich habe viele Fehler, m. D., das gestehe ich zu, ich bin in einer Lage, die es mir nicht gestattet, mit großen Nachmitteln meinen Gegnern gegenüber zu treten. Ich bin in diese Lage hauptsächlich dadurch gekommen, daß ich für meine politischen Anschauungen eintrete. Aber zwei Dinge nehme ich in Anspruch, das ist einmal die Ehrlichkeit meiner Gesinnungen, und dann das offene Aussprechen derselben. (Bravo links!)

Abg. Graf Schwerin spricht sich in demselben Sinne wie der Abg. Zohn für Abweisung des Amendements aus.

Abg. v. Vinke-Obendorf: Ich habe nur das Wort erbeten, um einmal dem Herrn Abg. Ziegler zu sagen, daß ich weit davon entfernt war, ihm irgendwie nahe treten zu wollen. Dem Abg. Groote danke ich für seine Erklärung, und freue mich, dadurch Gelegenheit gewonnen zu haben, meine Ansichten über ihn zu ändern.

Berichterstatter Abg. Twesten verteidigt den Kommissions-Entwurf.

Abg. Groote zieht sein Amendement zurück. Es werden darauf in getrennter Abstimmung beide Sätze des Kommissions-Entwurfs angenommen, ebenso der §. 6. desselben, lautet:

Personen die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag keines Urtheils.

§. 7. des Kommissions-Entwurfs, welcher lautet:

Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesamtbevölkerung des Staats wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet.

Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen.

Man schreitet zu §. 8. des Entwurfs (gleich §. 7. der Vorlage), derselbe lautet:

„Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmen-Abgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.“

Hierzu ist vom Abgeordneten Lefse das Amendement gestellt, den §. 8. also zu fassen:

Die Wahlkreise sowie die Gemeinden von über 10,000 Seelen werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Gemeinden von unter 1000 Seelen werden mit andern zu Wahlbezirken vereinigt, welche nicht unter 1000 und nicht über 2000 Seelen umfassen dürfen.

Die Eintheilung dieser Bezirke, sowie überhaupt sämtliche Vorarbeiten zur Ausführung der Wahlen werden von besonderen Kommissionen ausgeführt, welche bestehen:

a) in den Städten aus einem Mitgliede des Magistrats — resp. dem Bürgermeister oder einem Abgeordneten — und 4 von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitgliedern;

b) auf dem platten Lande aus dem Landrath und von 4 von der Kreisversammlung gewählten Mitgliedern.

Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Abg. Twesten, Reg.-Kommiss. Abgeordneter Gulerburg und der Antragsteller betheiligen, zieht Letzterer sein Amendement zurück.

§. 8. wird darauf einstimmig angenommen, eben so die §§. 9. und 10., welche von den Wahlkreisen und Wahlbezirken handeln.

§. 11. lautet: Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staatsamt bekleiden. Das Wahlrecht wird in Person durch Verdeckte, in eine Wahl-Urne niederkommende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Hierzu sind mehrere Amendements gestellt;

1) von dem Abgeordneten Bode und Genossen. „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

im ersten Alinea des §. 11. des Kommissionsentwurfes in dem Satze „bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staatsamt bekleiden“

zwischen den Worten „kein“ und „Staatsamt“ das Wort „unmittelbares“ einzuschalten.

2) Von dem Abgeordneten v. Salisch. „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

an Stelle des Alinea 2. des §. 11. der Kommissions-Vorlage folgende Fassung anzunehmen:

„Das Wahlrecht wird durch Stimmgebung zu Protokoll ausgeübt.“

3) Von dem Abgeordneten Dunder. Die Eröffnung sämtlicher Wahlkreise und die Stimmzählung erfolgt öffentlich durch eine für jeden Wahlkreis von der Bezirksregierung zu ernennende Kommission, welche über den Akt ein Protokoll aufnimmt.

Das Amendement Bode wird angenommen; ebenso Alinea 1. des Kommissionsentwurfs mit diesem Amendement. Das Amendement v. Salisch wird dann mit großer Majorität abgelehnt, dafür nur einzelne Konervative. Das

Amendement Dunder wird gleichfalls abgelehnt und darauf Alinea 2. des Entwurfs der Kommission angenommen.

Zu §. 12. des Kommissions-Entwurfs, welcher lautet:

„Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den 2 Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.“

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.“

erhält das Wort:

Abg. v. Blandenburg: In Folge der Bemerkungen einiger Herren von jener Seite (nach links deutend) sehe ich mich veranlaßt, zu motiviren, wie ich und viele meiner politischen Freunde dazu kommen, diesem Paragraphen zugustimmen, ohne sich dem Vorwurfe aussetzen, daß sie ihren Prinzipien treu geworden sei. Wir stimmen für diesen Paragraphen, um der Regierung zu ermöglichen, einen norddeutschen Bund zu Stande zu bringen, in dem über Vierfünftel der Vertreter Preußen sind.

Sie sehen daraus m. D., daß unsere Ideale anders sind, als die Ideale des Parlaments von Frankfurt a. M. — Mit den gestrigen Ausführungen des Abg. Simon kann ich mich nur einverstanden erklären und spreche meine Freude darüber aus, daß er die Gothaer Reichstafel für immer in die Rinnisse gefahren zu haben scheint. — Es handelt sich für uns bei dieser Frage durchaus nicht um die Konstruktion eines möglichst guten Wahlgesetzes, sondern lediglich darum, unsern Beifall zu geben einer Regierungsvorlage, die zum Theil mit andern Staaten schon vereinbart ist. — Uebrigens halte ich auch das direkte Wahlrecht für besser, als das Dreiklassensystem. Es wird dadurch auch durchaus kein konservatives Prinzip verletzt; denn der Censur und die indirekte Wahl sind durchaus keine konservativen Prinzipien; und ich glaube, wenn der Abg. Dr. Jacoby auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts gewählt worden wäre, seine nentliche Rede über die Erfolge unserer Siege durchaus nicht den Beifall seiner Mandanten gefunden hätte.

Abg. Dr. Virchow: Ich freue mich sehr, daß nach den Aeußerungen des letzten Redners die konservative Partei eines ihrer bisherigen Prinzipien, das Dreiklassensystem aufzugeben entschlossen ist; denn trennen den alten Traditionen hatte sie die von Stahl erfundene Formel: „Autorität, nicht Majorität“ zu ihrer Parole gemacht. Daß Herr v. Blandenburg persönlich leicht Formeln dafür findet, um sein Fügen in die neue Ordnung der Dinge zu motiviren, hat er durch eine vor dem Kriege gehaltene Rede gezeigt, worin er darlegte, weshalb die konservative Partei nun mit Garibaldi gehen müsse; derselbe meinte er, sei ja nun regelmäßiger General (Heiterkeit) und der König von Italien sei ja nun anerkannt; dadurch würde wahrscheinlich sein Wafel als Kaiserthron in den Augen jener Herren weggewischt. (Heiterkeit.) Wir haben wenigstens so viel daraus gesehen, daß auch die konservative Partei die Möglichkeit schnellster Entwicklung an sich trägt; denn diese Frage ist doch gewiß ein Punkt, der nahe an die Volkssouveränität streift.

Abg. Wagener: Es giebt allerdings Charaktere, die Nichts lernen wollen und können, die sind natürlich gegen jede Inkonssequenz geschützt. Wir aber sind nicht bloß älter, sondern auch einsichtiger geworden; (hört, hört!) und wenn wir hier für das allgemeine direkte Wahlrecht stimmen, so sind wir noch keineswegs für die Volkssouveränität. Es ist ja gerade der Vorzug der Politik des gegenwärtigen Ministeriums, daß alle Parteien gezwungen werden, ihre Parteiprogramme und Schlagwörter an den Thatfachen und der Logik der Geschichte zu prüfen und von dem zu abstrahiren, was sich damit nicht vereinigen läßt. Ich nun, meine Herren, zähle zu denjenigen Konservativen, die gelernt haben, einzusehen, daß es nicht die Aufgabe der konservativen Partei ist, Todengräber, sondern Art zu spielen, Bausteine mit lebendigen Steinen zu repräsentiren, und daß es nicht die Aufgabe einer Volksvertretung ist, theoretische Diskussionen zu führen, sondern die Bedürfnisse der Zeit mit den Mitteln der Zeit zu befriedigen. Wenn wir nun heute auch für ein norddeutsches Parlament stimmen, so wollen wir damit durchaus nicht den Parlamentarismus einführen, wir hegen vielmehr die stille Hoffnung, daß sie (links) die Leute dazu sind, um den Parlamentarismus gründlich zu ruiniren. (Gelächter.) Ja, sie haben ihn ja schon theilweise ruinirt! Ich muß übrigens Verwahrung dagegen einlegen als hätte ich das bei uns bestehende Censursystem schon je verteidigt oder als konservatives Prinzip aufgestellt; es repräsentirt lediglich eine Verfälschung der Lehre von der Volkssouveränität und das allgemeine direkte Wahlrecht ist der willkürlichen Eintheilung des Klassen-systems jedenfalls vorzuziehen und es kann uns jedenfalls angenehmer sein, wenn ein Grenadier, der in der Schlacht bei Königgrätz tapfer mitgefochten hat, sein Wahlrecht ausübt, als wenn ein Berliner Krämer zwei Wahlmänner ernannt. Das allgemeine Wahlrecht ist das notwendige politische Korrolat zur allgemeinen Wehrpflicht und es ist anzuerkennen von der Regierung, daß sie die Initiative zur Einführung desselben ergreift, damit diese Institution nicht über sie hinauswache, sondern ihr dienstbar bleibe. (Hört! Hört!)

Abg. Waldeck: Es ist mir wirklich unbegreiflich, wie man so mit seinen Prinzipien spielen kann, wie diese Herren es thun, die nur, weil es der Regierung angenehm ist, dieselben sofort aufgeben.

Dagegen muß ich jedoch entschiedenen Protest einlegen, daß Sie glauben, daß Ihre Prinzipien überhaupt mit dem allgemeinen Wahlrecht in Einklang zu bringen sind. Verziehen Sie erst auf die polizeiliche Gerichtsbarkeit, anerkennen Sie das Gemeindericht als die Grundlage des Staates! Wer aber das allgemeine Wahlrecht anerkennt, der muß auch den Parlamentarismus anerkennen; denn was wollen Sie damit anderes schaffen als ein Parlament. Mit dem allgemeinen Wahlrecht muß verbunden sein die Erziehung des Volkes zur Freiheit und die Anerkennung der Freiheit. Da darf man aber nicht die Presse beschränken, da darf man nicht antastan die Unabhängigkeit der Richter, eines der wesentlichsten Erfordernisse zur staatlichen Ordnung. Glauben Sie deshalb ja nicht, daß wir durch Ihre scheinbare plötzliche Bekehrung getäuscht werden, glauben Sie ja nicht, daß wir das für wahr halten, was uns der Abg. Wagener gesagt hat. Er hat sich selbst verrathen durch eine andere Aeußerung, daß er nämlich das allgemeine Wahlrecht eingeführt wissen will, damit die Regierung das Volk dienstbar machen könne; eine neue servitus will er also einführen. Ueberlassen Sie das, meine Herren, lieber Louis Napoleon, der sich auf solche Sachen, von denen aber das gebildete Europa nichts wissen will, besser versteht. Und täuschen Sie sich ja nicht darüber, daß solche Schöpfungen etwa lange forbestehen könnten. Wir können aus ganz anderen Motiven mit vollem Herzen der Vorlage zustimmen.

Abg. Simon: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um mich zu verwehren gegen eine Aeußerung des Herrn v. Blandenburg, der mir mit wenigen Dingen weher zu thun im Stande ist, als gerade mit seinem Lobe. Dies möchte ich deshalb ein für alle Mal von mir abweisen. Er hat daraus eine Konklusion machen zu können geglaubt, in die er auch einen idyllischen Vergleich von Stahl und Rüdke einschloß; aber auch dies kann ich nicht annehmen, denn meine Antecedenzen passen dazu nicht. Er hat dabei sich über den Gothaismus ausgelassen; selten wohl ist ein Wort mehr mißverstanden worden als dieses. Ich verstehe darunter das Glaubensbekenntniß einer Partei, die gerade so weit entfernt ist vom Feudalismus wie vom Radikalismus und die ihre Wirklichkeit nicht sucht in einer erträumten Vergangenheit, noch in einer idealen Zukunft, einer Partei, bei der die innere Verregung und ein mächtiges Königthum keine Gegensätze bilden; und als einen solchen in der Rolle gefärbten und ganz unverbesserlichen Gothaer erlaube ich mir, mich Ihnen vorzustellen.

Abg. Dr. Jacoby: Der Herr v. Blandenburg hat seine Behauptung, als verträglich mit meinen Ansichten nur eine geringe Zahl von Wahlmännern, nicht aber von Urwählern, ohne Beweis gelassen. Die Antwort darauf behalte ich mir für eine Zeit vor, wo der Herr v. Blandenburg auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hier im Hause sitzen wird.

Nach einer kurzen Bemerkung des Referenten Abg. Twesten wird §. 12. gegen etwa 13 Stimmen angenommen.

§. 13. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 14. Die Wahlen sind im ganzen Umfang des Staats zu derselben Zeit vorzunehmen.

§. 15. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahlbezirke und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von der Staatsregierung bestimmt.

§. 16. Der Reichstag prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über deren Zulassung.

Er regelt seine Geschäftsordnung und Disciplin.

werden ohne Debatte angenommen.

Zu §. 17. der Kommissionsvorlage:

„Kein Mitglied des Reichstages darf wegen der in Ausübung seines Berufs gethanenen Aeußerungen oder wegen seiner Abstimmungen außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

hat Abg. Dr. Risch das Amendement gestellt.

Statt des Wortlauts des §. 17. der Kommissionsvorlage zu setzen:

„Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanenen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

Abg. Risch motivirt sein Amendement damit, daß es der Wortlaut des Art. 120. der Reichsverfassung sei und außerdem vollständiger als die von der Kommission vorgeschlagene Fassung, insofern auch eine disciplinarische Verfolgung ausgeschlossen sei.

Nach einer Replik des Ref. Twesten, worin dieser die Fassung der Kommission verteidigte, wird zur Abstimmung geschritten.

Für das Amendement Risch stimmt die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die katholische Fraktion außer Reichenperger, die Polen und Graf Renard, dagegen die Ultraliberalen und Konservativen. Da das Resultat zweifelhaft ist, wird zur Stimmzählung geschritten; es ergiebt sich daraus, daß das Amendement Risch mit 141 gegen 134 Stimmen angenommen worden ist.

Es folgt die Diskussion über den vom Abg. Schulze beantragten §. 18. als Zusatz zur Kommissionsvorlage: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten Entschädigung für ihre Reisekosten und Diäten aus der Staatskasse. Die Höhe derselben bestimmt die Staatsregierung. Ein Verzicht hierauf ist unzulässig.“

Abg. Schulze: Das Wahlgesetz ist die einzige Stelle, an der diese Angelegenheit abgethan werden kann, da eine definitive Verfassung für den norddeutschen Bund noch nicht vorhanden ist. Hüten wir uns, daß wir nicht eine Verarmung von sogenannten Notabeln zu Stande bringen.

Abg. Graf Schwerin: Prinzipienfragen sollten aus dieser ganzen Diskussion so viel als möglich ausgeschlossen sein. Nun glaube ich zwar, daß für die preussische Landesvertretung Diäten unentbehrlich sind, aber ich verweise auf die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß alle Änderungen am Wahlgesetz auf das Zustandekommen des Reichstages des norddeutschen Bundes von störendem und schädlichem Einfluß in den Händen derjenigen Regierungen werden können, die ihm ohnehin widertreiben.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Wenn die Regierung während der Diskussion über den §. 17. geschwiegen hat, so hat sie durch ihr Schweigen die moralische Verpflichtung übernommen, die übrigen Regierungen für Annahme desselben zu gewinnen und hofft, auch damit durchzubringen. Ob sie dies mit §. 18. vermag, ist die Frage, da wegen der Diäten leicht principieller Bedenken in einzelnen Staaten geltend gemacht werden können. Jedenfalls würde der Reichstag, wenn er hieran scheiterte, aus dem übelsten Grunde scheitern.

Berichterstatter Abg. Twesten: Des Schüßes, den der §. 17. gewährt, bedarf jede repräsentative Versammlung, mag sie ad hoc gewählt sein oder nicht, und muß diesen Schutz gleich bei der Entstehung mit ihrem Wahlgesetz mitbringen. Von den Diäten kann man da nicht sagen, obwohl sie an sich unerlässlich sind. Ich erinnere daran, daß der Wegfall der Diäten bei den Wahlen für unsere erste Kammer seiner Zeit die Folge hatte, daß unverhältnismäßig viel in Berlin ansässige Männer, welche die Diäten entbehren konnten, gewählt wurden. Aber es ist angezeigt, diese Angelegenheit der besonderen Gesetzgebung zu überlassen, wie man ja noch andere, viel dringlichere Dinge z. B. den Schutz für die Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen durch die Presse, vorläufig noch zurückstellen muß. Ich erkläre mich daher gegen die Aufnahme des §. 18. in das Wahlgesetz.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung, deren Resultat zweifelhaft ist. Die Zählung ergiebt 124 für, 152 gegen den Paragraphen, der somit verworfen ist. (Dagegen stimmen Löwe, Koeppe, Reichenheim, Michaelis). Darauf wird das ganze Gesetz mit den Abänderungen, die heute beschloffen worden sind, mit überwiegender Majorität angenommen. Unter den Wenigen, die dagegen stimmen, befinden sich der Abg. Virchow und einige Katholiken. Die Resolutionen des Abg. Groote werden fast einstimmig abgelehnt.

Schluss: 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (L. D.). Antrag Heises auf Aenderung der Geschäftsordnung, Verordnung wegen der Zivilgerichtsbarkeit im Kriege).

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. September.

— Von dem Abg. Groote sind folgende, in der Kommission bereits abgelehnte Resolutionen beantragt:

1) Das Haus der Abgeordneten spricht gegen die königliche Staatsregierung die sichere Erwartung aus, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um den bezweckten norddeutschen Bund in einen Bund sämtlicher außerordentlich deutschen Staaten zu erweitern.

2) Das Haus der Abgeordneten ertheilt seine Zustimmung zum Reichswahlgesetz nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die mit dem auf Grund jenes Gesetzes berufenen Reichsversammlung zu ver- einbarende Bundesstaatsverfassung folgende Grundlagen festhalte:

I. das Volkshaus besteht aus einer Vereinigung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten in Preußen mit den in den übrigen Bundesstaaten zu demselben gewählten Volksvertretern;

II. bei der etwaigen Bildung eines Staatenhauses stellen nicht die einzelnen Staaten, sondern die den verschiedenen Stämmen möglichst entsprechenden Provinzen oder Länder die Körperschaften dar, welche in denselben ihre Vertretung finden;

III. vor Uebertragung des Rechtes an die Nationalvertretung, das Militärbudget festzusetzen, ist eine auf völkerrheinischen Grundlagen beruhende Reichs- und Landes-Heerorganisation mit dem Reichstage beziehungsweise dem preussischen Landtage zu vereinbaren; auf der Grundlage dieser Heerorganisation ist der National- Vertretung neben dem Rechte der Feststellung des Militärbudgets das Recht der jährlichen Bewilligung der Heeresstärke zu verleihen.

Das Haus der Abgeordneten spricht mit Rücksicht auf die Bestimmung aus I. der Resolution gegen die königliche Staatsregierung die Erwartung aus, daß sie dem preussischen Landtage einen auf Einführung direkter Wahlen durch Stimmzettel für das preussische Haus der Abgeordneten gerichteten Gesetzentwurf noch während des Verlaufs dieser Sitzung vorlegen werde.

Ferner wurden heute folgende Abänderungs-Vorschläge eingebracht:

1) von dem Abg. Groote zu §. 5 der Beschlüsse der Kommission statt: „Verbüßte oder durch Begnadigung“ zu setzen: „politische Verbrechen und ihre rechtlichen Folgen schließen von der Wahl nicht aus.“

2) Von dem Abg. Lefse. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den §. 8 des Kommissionsentwurfs also zu fassen:

Die Wahlkreise, so wie die Gemeinden von über 10,000 Seelen werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Gemeinden von unter 1000 Seelen werden mit anderen zu Wahlbezirken vereinigt, welche nicht unter 1000 und nicht über 2000 Seelen umfassen dürfen.

Die Eintheilung dieser Bezirke, sowie überhaupt sämtliche Vorarbeiten zur Ausführung der Wahlen werden von besonderen Kommissionen ausgeführt, welche bestehen:

a) in den Städten aus einem Mitgliede des Magistrats — resp. dem Bürgermeister oder einem Abgeordneten — und 4 von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Mitgliedern;

b) auf dem platten Lande aus dem Landrath und 4 von der Kreisversammlung gewählten Mitgliedern.

Ferner: aus §. 15 des Kommissionsentwurfs die Worte auszulassen: „und Wahlbezirke.“

3) Von dem Abg. Bode. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: im ersten Alinea des §. 11 des Kommissionsentwurfs in dem Satze „bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staatsamt bekleiden“ zwischen den Worten „kein“ und „Staatsamt“ das Wort „unmittelbares“ einzuschalten.

4) Von dem Abg. v. Salisch. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: An Stelle des Alinea 2 des §. 11 der Kommissionsvorlage folgende Fassung anzunehmen: „Das Wahlrecht wird durch Stimmgebung zu Protokoll ausgeübt.“

5) Von dem Abg. Dunder. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu §. 11 der Kommissionsvorlage folgenden Zusatz zu machen: „Die Eröffnung der sämtlichen Wahlurnen und die Stimmzählung erfolgt öffentlich, durch eine für jeden Wahlkreis von der Bezirksregierung zu ernennende Kommission, welche über den Akt ein Protokoll aufnimmt.“

6) Von dem Abg. Kofch. Statt des Wortlautes des §. 17 der Kommissionsvorlage zu lesen:

„Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt oder sonst außerhalb der Verammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

7) Von dem Abg. Schulze (Berlin) und Genossen. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

Zur Kommissionsvorlage folgenden Zusatz zu machen:

„§. 18. Die Mitglieder des Reichstages erhalten Entschädigung für ihre Reisekosten und Diäten aus der Staatskasse. Die Höhe derselben bestimmt die Staatsregierung. Ein Verzicht darauf ist unzulässig.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. September. Wir wurden um die Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht:

„Durch Krankheit verhindert, an der laufenden Landtags-Session Theil zu nehmen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, dem am 11. d. seitens der polnischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses erhobenen Proteste, sowohl hinsichtlich eines politischen Aktes, der den Zweck hat, die polnische Nationalität im Großherzogthum Posen und in Westpreußen zu einer deutschen zu stempeln und die ihr verbrieften nationalen Existenzstaatsrechtlich zu vernichten, als auch hinsichtlich der Kompetenz der hohen Kammer über internationale Verträge einseitig Beschlüsse zu fassen, mich hiermit anzuschließen.“

Posen, den 13. September 1866. Ludwig v. Bocklin, Abgeordneter für die Kreise Krotoschin und Pleschen.“

— [Cholera.] Am 11./12. September c. erkrankten im Civil 3, starb 1. Befand am 12. September c. im Stadtlazareth 13, im Militärlazareth 12.

— [Militärisches.] Heute kamen per Bahn 2 Bataillone des 49. Regiments hier an, nachdem die Fouriere schon vorgestern aus Gdansk eingetroffen waren. Die beiden Bataillone haben bis morgen in unserer Stadt Ruhetag und marschiren am 14. u. 15. d. M. nach Gnesen und Inowracław.

Die Sitzungen des Schwurgerichts zu Meseritz, welche am 10. September c. beginnen sollten, sind ausgesetzt worden.

— [Kreis Bomst.] Empfang der Ulanen in Urubst; Unglücksfall. Am vergangenen Sonntag feierten die beiden in Urubst garnisonirenden Schwadronen des Posenschen Ulanenregiments Nr. 10. vom Kriegsschauplatz zurück und es wurde denselben ein ebenso bezüchtiger als würdiger Empfang bereitet. Schon an der Grenze des Bomster Kreises wurden die braven Krieger an der dort angebrachten Ehrenpforte von unserm Kreislandrath, Freiherrn v. Urubst-Bomst, der direkt von Berlin zum Empfang herbeigekommen war, begrüßt. Gegen 10 Uhr Vormittags rückten die Ulanen in das zahlreich mit Ehrenporten, Guirlanden und schwarz-weißen Fahnen geschmückte Urubst ein. Am Markte angelangt, hielt der Intendanten Röh ein längere Ansprache an die Heimkehrenden und nachdem noch der Bürgermeister Herrmann im Namen der Stadt ihnen ein begeistertes Willkommen zugerufen, dankte der Kommandeur in echt soldatischen Worten. Den Offizieren war von den Festtheilnehmern ein Frühstück bereit gehalten, und für die Soldaten fanden Abends Bälle statt, an denen sich auch vielfach die Offiziere beteiligten. Die Kosten der Empfangsfeierlichkeiten trugen die Festtheilnehmer und die Stadt Urubst.

Gestern früh kam der 19jährige Sohn des Müllermeisters Berbe in Krotoschin dem Gerichte der Wähe zu nah, so daß er von demselben erfaßt wurde und auf eine schauerhafte Weise seinen Tod fand.

— [Frankfurt, 11. Sept.] [Abmarsch; Einzug.] Nachdem unsere frühere Garnison, das 3. Bataillon 38. Inf. Regts., nach dem Kriegsschauplatz ausgerückt war, wurde unserer Stadt das Ersatzbataillon des 51. Inf. Regiments zugewiesen. Gestern, sowie auch die ganze Pannier-Kompagnie, verließen gestern früh unseren Ort, um sich nach ihrer Garnison Breslau zu begeben. Der Herr Kommandeur sprach zum Abschiede seinen Dank und seine Anerkennung für das gute Einvernehmen zwischen Militär und der Bürgererschaft aus und schloß mit einem Hoch auf unsere Stadt. Währenddem und auch schon Tags zuvor gingen nacheinander Straßen und Häuser an, sich festlich zu schmücken, denn es galt dem Einzuge unserer aus dem Kriege heimkehrenden neuen Garnison, dem 3. Bataillon 58. Inf. Regiments. In einigen Stunden prangte die Stadt im festlichen Schmucke; es erhoben sich Ehrenporten, Festons, Guirlanden u. z. d. d. und Thüren und Fenster standen im lieblichsten Grün. Kein Haus war ungeschmückt. Dem Einzuge wurde gegen 12 Uhr entgegengesehen, da hier bekannt geworden, daß Schlichtingheim, der erste im Großherzogthume zu beruhende Ort, seine Landesfinder aus den Kreisen Bomst, Birnbaum u. c. die unserer neuen Garnison angehören, festlich bewirthen wolle, wozu auch schon alle Vorkehrungen getroffen waren. Das Bataillon, dies nicht abend und da ihm keine Kenntniß davon geworden, hatte den näheren Weg durch den Wald zu seinem Marche gewählt, zum großen Bedauern der Bewohner jenes Ortes, welche dann mit einer kleinen Anzahl, die zu Wagen den Weg die Chaussee entlang einschlugen, sich begnügen mußten. Bald nach 11 Uhr traf das Bataillon am Bahnhof ein, woselbst die erste Ehrenpforte errichtet und Magistral und Stadtverordnete und die Spitzen der anderen Behörden, sowie die Stadtkapelle zum Empfang aufgestellt waren. Herr Bürgermeister Majasch bewillkommete die Garnison mit einem Hoch. In Begleitung einer unübersehbaren Menschenmenge erfolgte unter Musik nun der Einzug bis zum Gezeirplatz, woselbst der Herr Kommandeur der Bürgererschaft seinen Dank für den festlichen Empfang aussprach und vom Bataillon ein Hoch auf die Stadt gebracht wurde. In allen Straßen wurden die Truppen mit Blumen und Sträußen aus den Fenstern von Damenhänden überschüttet. Abends war das Festmahl bei Erleuchtung der Stadt. Heute giebt die Stadt dem Offizierskorps ein Diner und den Mannschaften wurde eine bestimmte Summe überwiesen, für welche sie ebenfalls heute in verschiedenen Etablissements bewirthet werden und auch sich durch Tanz belustigen sollen. Möge dieses so schöne erste Zusammentreffen ein günstiges Zeichen für lange Zeiten sein!

Gewinn-Liste der III. Klasse 134. königl. preuss. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 45 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

100 13 51 203 92 368 (50) 406 602 68 726 50 54 89 896 950 64 1037 56 105 36 261 360 (50) 64 413 82 556 (50) 613 (50) 44 738 (60) 50 819 49 80 919. 2019 52 65 96 116 87 319 24 454 81 526 616 30 86 (50) 738 50 51 807 43 66 68 908 77 96 3081 (50) 142 238 96 334 90 (50) 414 47 571 656 96 741 58 59 856 62 (50) 88 922 24. 4025 29 63 224 86 310 18 34 420 24 560 82 645 86 736 77 827 54 99 942 46 61. 5033 132 284 85 301 38 51 96 99 440 (60) 587 606 34 (50) 823 97. 6080 90 108 204 (80) 45 73 324 41 60 76 (50) 412 (50) 37 505 65 (50) 639 54 66 812 64 926 53 83. 7000 83 171 215 90 323 46 473 75 525 67 69 92 606 13 96 726 80 817 24 73 962. 8002 26 (50) 36 158 69 (100) 75 (50) 89 203 34 424 64 522 35 87 675 747 50 54 (50) 869 99 965 67 (100). 9003 34 57 103 39 84 (50) 299 336 400 9 35 77 504 24 28 51 98 678 (50) 718 45 898 905 41 42.

10,063 90 167 81 253 68 99 342 58 484 507 56 67 616 33 48 59 (50) 703 68 804 55 (50) 66 73 986. 11,012 28 45 130 85 216 47 77 344 416 60 522 52 682 733 67 813 72 909 22. 12,039 57 183 84 212 309 20 42 88 401 42 48 67 79 507 47 96 606 76 799 832 60 927 76. 13,009 17 88 143 54 244 312 444 570 603 (50) 23 25 46 762 855 73 919 71 84. 14,010 46 49 55 57 135 38 45 (50) 72 89 298 331 49 61 443 51 71 520 79 81 616 77 777 81 890 950. 15,043 74 103 26 287 80 84 94 (100) 350 88 471 575 85 705 9 34 42 (60) 57 96 809 12 47 (300) 921. 16,033 41 82 158 91 214 36 93 384 415 48 82 89 580 95 621 51 56 747 824 (600) 52 67 920 26 31 86. 17,037 107 29 232 38 43 72 397 410 528 64 605 22 711 94 817 (50) 26 32 98 902 92. 18,102 11 32 51 77 (50) 89 240 90 94 301 410 (50) 19 20 501 (50) 21 630 44 79 745 (60) 49 78 897 902 68. 19,026 73 141 51 223 44 56 65 (60) 317 466 (50) 511 29 643 88 793 807 8 19 24 32 46 909 14 34 76.

20,081 86 90 (50) 93 104 274 329 58 78 441 70 74 579 (60) 637 46 48 69 701 (300) 23 34 97 803 11 957 58 62 (50) 63 (50) 80. 21,152 76 202 330 41 90 478 511 663 85 87 95 729 46 76 801 922 87. 22,063 133 50 63 268 84 328 63 420 52 99 531 46 638 703 14 25 41 810 900 39 (60). 23,197 282 403 42 504 62 (50) 686 710 24 (50) 77 800 12 21 32 35 924 48. 24,039 118 54 92 99 228 93 95 315 (50) 24 35 400 500 40 57 714 65 72 828 54. 25,024 142 321 36 73 86 98 (50) 424 72 508 600 79 722 (60) 45 52 69 92 803 23 37 932. 26,143 58 79 266 67 89 313 56 72 74 427 (50) 83 529 80 609 30 90 725 60 64 82 860 (50) 95 981. 27,025 49 (80) 112 84 222 26 72 77 84 345 410 30 93 500 94 613 33 71 798 855 91 909 30 37 40 86. 28,006 77 133 74 291 308 19 69 93 97 562 (50) 691 765 70 98 966 73. 29,123 295 429 63 (50) 82 547 55 93 645 728 83 98 892 911 14 24 27 48.

30,024 32 102 (50) 17 39 43 (60) 48 284 96 318 19 40 405 9 20 25 542 48 614 (50) 99 707 94 828 32 902 22 31 39 (50) 46 60 86 96. 31,059 73 (50) 124 65 (50) 98 207 50 66 88 402 66 607 (60) 708 802 926 29 98. 32,058 115 64 84 215 95 424 59 79 98 504 13 15 90 94 641 77 95 745 (80) 98 840 924 62 71. 33,078 104 244 67 76 81 88 430 (60) 542 (50) 83 634 (60) 73 77 758 907. 34,025 131 35 67 77 250 (60) 72 341 83 432 56 89 600 18 (50) 39 47 57 (80) 717 21 38 57 (100) 71 (50) 894 904 (50). 35,065 87 99 188 228 (80) 55 87 (50) 349 477 82 83 504 6 637 99 706 816 60 927 31 48. 36,013 94 236 847 50 523 49 54 89 674 714 74 98 815 95. 37,031 71 (50) 119 216 44 55 60 67 329 46 (50) 52 428 78 (60) 93 529 646 69 94 97 710 15 20 75 802 67 991. 38,006 60 79 121 238 57 327 37 (50) 41 98 409 51 (50). 39,016 83 120 88 90 (80) 437 61 545 73 620 37 59 62 (100) 67 84 740 (50) 46 59 70 92 844 (60) 49 922 24 88.

40,160 214 73 520 37 87 611 766 97 818 (60) 969 70 99. 41,016 31 51 61 138 (50) 51 81 98 202 (50) 10 13 17 70 321 592 699 710 71 850 98 952. 42,037 (50) 109 81 84 98 231 44 67 341 73 (60) 96 (100) 454 501 14 97 604 9 23 47 713 68 885 971 86. 43,023 49 86 96 152 332 38 441 (80) 525 (80) 33 35 43 49 609 715 69 71 89 94 803 5 914. 44,008 11 23 31 105 15 75 215 50 (50) 348 620 792 847 52 (50) 70 79 (50) 903 59. 45,075 155 63 71 250 392 411 87 572 82 815 928. 46,030 62 (50) 81 165 244 51 88 322 95 429 (50) 81 71 73 545 49 79 622 383 85 901 4 63 77. 47,004 149 58 76 78 83 (50) 85 285 311 13 83 89 440 64 582 626 40 46 82 750 838 95 906 16. 48,009 57 185 97 248 88 314 41 402 35 42 48 514 31 635 768 979. 49,023 221 57 302 84 (80) 420 55 58 (50) 78 86 580 (80) 89 661 62 723 75 825 86 94 998.

50,020 24 (50) 62 104 26 38 216 40 60 74 404 (50) 53 65 512 15 27 70 86 639 74 94 708 39 49 93 885 954 (300) 61 87. 51,043 89 90 95 (60) 105 28 70 312 416 62 525 70 72 626 714 816 53. 52,012 32 170 240 63 308 46 60 427 56 68 588 628 82 (60) 91 (600) 763 91 (60). 53,099 101 3 (50) 53 66 282 37 24 48 63 65 79 (50) 413 544 91 656 719 25 28 34 79 814 (50) 91 918. 54,081 82 86 133 37 54 68 211 80 306 56 68 76 443 (80) 97 650 98 715 92 822 67 77 83 955 53. 55,002 (60) 38 (50) 88 165 440 43 505 38 57 645 72 747 90 803 18 42 967. 56,041 112 74 75 251 59 60 459 (60) 92 507 39 49 58 97 612 708 12 87 813 25. 57,059 76 79 (50) 133 55 58 (50) 200 32 (50) 62 381 410 60 503 (60) 5 15 45 620 39 41 66 766 76 88 815 959. 58,037 180 361 55 423 47 521 31 63 699 741 45 53 65 67 829 63 (50) 70 75 964 69. 59,015 59 252 402 41 58 75 76 536 78 99 614 30 721 48 805 24 39 87 924.

60,017 53 57 224 37 (50) 53 (80) 61 305 9 129 59 200 66 63 86 625 87 49 780 863 94 963 85. 61,027 90 192 59 200 66 63 79 392 (50) 512 29 99 609 84 86 89 784 813 30 64 72 996. 62,026 62 173 91 239 374 83 451 521 76 80 700 44 80 811 950

65 73. 63,036 84 137 202 66 80 309 402 22 24 28 63 82 503 641 74 85 89 93 802 (50) 84 902 61. 64,169 74 234 90 437 61 74 605 42 43 53 92 (50) 772 824 37 69 91 900 13 16. 65,044 56 (50) 100 33 35 62 85 277 84 337 471 504 11 (50) 26 47 626 53 736 52 56 888. 66,003 70 114 36 56 63 203 40 42 338 52 59 437 85 693 715 (60) 811 907 79. 67,050 58 (80) 220 47 56 332 54 425 576 626 48 (50) 707 18 (60) 87 823 49 63 931 79 82. 68,099 267 74 80 406 565 79 635 44 71 729 43 821 (600) 903 8 (50) 31 70. 69,021 102 33 51 63 98 231 318 (50) 437 70 521 47 76 624 96 703 96 98 890 97 925.

70,147 78 93 230 (80) 337 433 68 583 694 788 804 916 51 72. 71,086 117 42 77 211 62 77 87 324 75 90 444 99 512 30 95 (50) 629 33 55 706 95 874 89 968. 72,051 125 (2000) 77 228 31 44 65 394 413 72 518 629 49 73 734 76 802 29 86 (60) 911 (50) 26 63. 73,036 39 221 27 51 420 60 72 (100) 92 (50) 96 (80) 602 763 67 957 77. 74,031 34 57 70 (50) 157 64 92 207 70 365 405 70 75 93 535 615 751 868 74. 75,087 (300) 101 35 259 356 441 71 539 42 54 624 (60) 89 718 (80) 22 30 803 61 68 914 24 68. 76,010 20 161 66 204 11 12 25 54 328 (80) 80 86 457 91 557 83 85 633 734 833 55. 77,002 63 205 95 98 371 421 82 92 552 (60) 64 71 77 683 756 99 808 16 23 916 72. 78,234 353 55 (60) 469 524 (50) 37 726 43 (80) 51 (80) 838 921 32. 79,114 64 (50) 76 92 242 59 98 379 416 28 92 578 683 709 59 72 99 800 97 903 10 28 56.

80,090 91 (80) 115 272 308 438 50 526 634 735 880 908 96. 81,006 49 65 171 224 32 46 51 (50) 72 75 78 342 69 407 51 560 82 (1000) 93 619 (50) 56 81 710 64 904 75. 82,080 125 29 54 222 44 51 64 94 (50) 336 419 552 63 606 34 54 707 32 866 72 910 (50) 29 45 93. 83,010 84 114 16 92 256 93 (50) 308 61 (80) 411 506 34 59 677 79 83 95 762 820. 84,014 66 90 96 153 219 309 15 74 75 76 (50) 431 510 32 33 53 78 87 627 28 85 713 (50) 28 31 (50) 73 803 34 (50) 902 45 46 47. 85,116 75 99 203 16 51 (50) 458 69 95 568 85 95 97 630 (60) 34 757 825 37 45 75 903 18. 86,101 21 36 80 81 224 369 77 483 85 (60) 534 35 60 662 68 790 807 (50) 78 95. 87,015 104 (50) 71 96 202 27 73 76 435 51 656 751 66 91 834 96 938 52 74. 88,077 (60) 116 22 258 385 456 64 515 24 65 97 624 36 38 56 70 84 89 761 803 27 947 (50) 93. 89,024 27 37 45 53 69 85 88 (50) 116 74 80 89 225 35 346 78 446 94 (100) 529 45 75 622 749 76 85 818 30 50 71 918 44 88.

90,132 37 52 87 267 336 401 68 647 59 791 835 923 97. 91,015 20 119 43 353 94 431 (50) 518 607 9 94 753 864 941 53 92. 92,005 46 49 113 27 52 66 88 95 (50) 228 (100) 74 91 330 415 (50) 547 51 64 94 628 29 722 29 830 907 40 75 99 (50). 93,006 234 91 419 66 510 54 721 37 44 71 89 870 (50) 94 963 78 85 (50) 95. 94,102 358 89 415 34 (50) 588 672 (80) 75 88 95 737 838 88 94 901 21 34 48.

Telegramm.

Paris, 13. September. Der „Moniteur“ publiziert eine in Mexiko am 30. Juli unterzeichnete Konvention, wodurch Mexiko Frankreich die Hälfte der Einnahmen aus den Sezellen überweist zur Zinszahlung und Tilgung der Anleihen von 1864 und 1865. Zur Zahlung der dreiprozentigen Zinsen der durch die Konvention von Miramare anerkannten 216 Millionen und aller später durch Frankreich gemachten Vorschüsse im Gesamtbetrage von 250 Millionen, ist dagegen der bisher mit 1/4 verpfändete Ausfuhrzoll aus den Einnahmen der Süddei fernerhin mit 1/4 verpfändet.

Reicht die Hälfte der Einnahmen nicht aus, so bleiben sämtliche Steuern reservirt. Etwaige Ueberschüsse aus den Einnahmen werden für die an Frankreich schuldigen Kapitalien verwendet. Die Konvention von Miramare vom 10. April ist, so weit sie die Finanzverhältnisse betrifft, aufgehoben.

Nachtrag.

Berlin, 12. Sept. Abds. Die „Korrespondenz-Blätter“ entwerfen die Gründe einer zu erwartenden Explosion in der orientalischen Frage. Griechenland und Rußland werden von keiner Macht behindert, die Türkei anzugreifen. (Tel. Dep. d. Schleif. 3.)

Wien, den 12. Sept. Nachm. Einer Meldung des Verordnungsblattes zufolge ist FML. Freiherr v. Gablenz in Disposition abberufen. Gerüchweise verlautet, daß österreichische Kriegsschiffe zum Schutze österreichischer Unterthanen nach Candia dirigirt sind. Die Aufstellung eines Observationskorps an der Dlgrenze ist angeordnet. Der kaiserliche Internuntius ist hierher berufen worden. (Tel. Dep. d. Schleif. 3.)

Angelommene Fremde.

Vom 13. September.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Geometer Baermann aus Meseritz, einjähriger Freiwilliger Graf Szembek aus Jerschstadt, die Kaufleute Spener aus Schrimm und Kuttner aus Dreßden, Gutsbesitzer Regel aus Bismarck, Viechfeldwibel Kausch aus Kolberg, Rentier Steinberg aus Bromberg.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Lieutenant v. Bastrow aus Danzig, die Kaufleute Light aus Newyork, v. Schlichting und Gröning aus Berlin, Hoff aus Krotoschin und Köbler aus Chemnitz, Gutsbesitzer Bonte aus Sagan, Cand. phil. Wensky aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Nittergutsbesitzer v. Beronski nebst Frau aus Brzoja, v. Rejowski aus Sobieszczno und Frau v. Chlapowsta aus Bagrowo, Gutsbesitzer v. Nadonski aus Wiganowo, Bevollmächtigter Bode aus Kasimowo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Wloclawski nebst Familie aus Brzeclaw und Graf Michynski aus Samostrzel.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

23 dem Kreise Mogilno zurückgegebene Landwirthschaftsrollen am 15. d. Mts. Vormittags von 10 1/2 Uhr ab im Wege des öffentlichen Meistgebots verkauft werden. Sicherer Käufer wird der Kaufpreis gegen Wechsel, voransichtlich auf 3 Monate, gestundet werden.

Mogilno, den 12. September 1866.

Der königl. Landrath.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Kommando sollen Montag und Dienstag den 17. und 18. d. Mts. Vormittags von 8 Uhr ab 107 austrangirte königliche Dienstpferde auf dem Rannepfahle öffentlich und meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Das Kommando der Ersatz-Abtheilung Niederschlesf. Train-Bataillons Nr. 5.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Oktober d. J. beginnt ein neues Abonnement auf freie Kur und Verpflegung

von Dienstboten und Begehungen in der städtischen Krankenanstalt bis zum 30. September 1867. Abonnementspreis 20 Gr.

Ein Rittergut

in der besten und vortheilhaftesten Gegend der Provinz Posen, an der Chaussee, 3 M. von einer Eisenbahnstation entfernt, 2600 M. groß, inkl. 500 M. der besten Wiesen, ist aus freier Hand bei einer Anzahlung von 60—70,000 Thlr. zu verkaufen. Sonstige Hypotheken fest. Gebäude, Inventarium vorzüglich, Dampf-Brennerei nebst Dampf-Mahlmühle, Schloß, Park u. s. w. Offerten ohne Einmischung eines Dritten werden erbeten. **X. X. Eissa** poste restante franco.

Zu verkaufen.

Ein Rittergut, von der Stadt 1 Meile entfernt, bestehend aus der Chaussee, mit 604 Morgen Areal. Gebäude alle massiv. Der Boden zu 2 Theilen Weizen und 2 Theilen Gerste. Das Inventarium in gutem Stande. 8 Pferde, 4 Ochsen, 6 Kühe, 500 Schaafe. Auf dem Gut stehen 9,500 Thlr. der neuen Landschaft. 1200 Thlr. Amortisation dient dem Käufer zu Gunsten. Kaufpreis 28,000 Thaler. Anzahlung 10,000 Thlr. Der Rest bleibt hinter der Landschaft nach Wunsch des Käufers stehen.

Ein Rittergut, 1 Meile von der Chaussee und von der Stadt entfernt; hat 600 Morgen Areal, Weizenboden mit zweckmäßigen guten Wiesen. Die Gebäude massiv, dabei ein schönster Garten. Inventarium: 9 Pferde, 9 Ochsen, 9 Kühe, 7 Stück Jungvieh, 350 Schaafe, todes Inventar komplett. Dazu ist zugekauft eine Wassermühle, wodurch der Besitzer sehr große Vortheile hat. Auf dem Gut 9500 Thlr. Landschaft. Der Kaufpreis 30,000 Thlr. Anzahlung 8 bis 10,000 Thlr. Nähere Auskunft über diese beiden Güter ist bloß bei mir zu erlangen. Selbstkäufer wollen sich gütigst an mich wenden.

Stanislaus v. Rejer, Güteragent.
Thorstraße Nr. 10a.

Zwei Rittergüter,

aneinander grenzend, von resp. 1500 M. und 1000 M., worunter 500 M. Wiesen. Diese Rittergüter sind von der Chaussee 1/4 Meile, von einer Eisenbahnstation 1 M. entfernt und liegen im besten und schönsten Kreise der Provinz Posen. Die Gebäude komplett und gut, ebenso todes und lebendes Inventarium, Schloß, Park u. s. w. Zu verkaufen mit einem Angeld von 50,000 Thlr., sonstige Hypotheken fest. Näheres auf direkte Anfrage pr. **Adr. X. X. Eissa** poste restante franco.

Ein Gut in der Nähe von Posen, unweit einer Chaussee, circa 300 Morgen groß, mit sehr dankbarem Boden und Wiese, ist unter höchst günstigen Bedingungen zu verkaufen resp. zu verpachten.

Näheres durch **E. F. Knappe**, Wilhelmplatz 8.

Glasfabrik-Verkauf.

Eine Glasfabrik in Niederschlesien, nahe an einer gewerbreichen Stadt, dicht an der Chaussee gelegen, welche auf Siemens'sche Gasföhrung in ausgezeichneter Weise eingerichtet, im Besitz eines ungewöhnlich billigen Brennmaterials ist, soll unter annehmbaren Bedingungen verkauft werden. Mit der Glasfabrik ist eine Biegelei verbunden. Arbeiterwohnungen sind genügend vorhanden.

Der Schmelzofen ist in diesem Sommer neu erbaut, Materialien vorrätig, so daß der Betrieb sofort beginnen kann. Thätige Fachmänner finden durch Uebernahme eine gute Erwerbsquelle. Selbstkäufer belieben ihre Adressen unter **G. B. A.** in der Exped. d. Btg. niederzulegen.

Das von einem verstorbenen Chemanne, dem Malermeister **Karl Galmert**, hierorts seit 16 Jahren betriebene Geschäft beabsichtige ich unter vortheilhaften Bedingungen sofort zu verkaufen; auch die dazu gehörige Wohnung, Thorstraße 10., zu vermiethen.

Saat-Weizen und Roggen, Probsteier Abstammung, verkauft Dom. Lawice bei Posen.

Vollständige **Ladenrepositorien** nebst **Ladentisch** sind billig zu verkaufen bei **L. Rauscher**.

L. Rauscher.

Börsen-Telegramme.

Stettin, den 13. September 1866. (Marsch & Maass.)

Not. v. 12. **Weizen**, rubig. Septbr.-Oktbr. 72½ 72½, Oktbr.-Novbr. 71½ 71½, Frühjahr 1867 71 70½, Roggen, feiner. Septbr.-Oktbr. 46 45½, Oktbr.-Novbr. 45½ 45½, Frühjahr 1867 45½ 45½.

Not. v. 12. **Rübsöl**, fest. Septbr.-Oktbr. 12½ 12½, Oktbr.-Novbr. 12½ 12½, Spiritus, böher. Septbr.-Oktbr. 14½ 14½, Oktbr.-Novbr. 14½ 14½, Frühjahr 1867 14½ 14½.

Not. v. 12. **Berlin**, 12. Septbr. Wind: W. Barometer: 28½. Thermometer: früh 11° +. Witterung: Bewölkt.

Unser heutiger Markt eröffnete mit vorwiegendem Kaufsdruck für fast alle Artikel. Für Roggen machte sich selbst eine animirte Stimmung geltend, bei der auch die Preise eine wesentliche Erhöhung erlangten und nach ziemlich belebtem Geschäft in fester Haltung schlossen. Gefündigt 2000 Ctr. Rindungungspreis 47½ Rt.

Rübsöl hat sich zwar nur wenig im Werthe gehoben, aber die Haltung der Preise war während der ganzen Börsezeit sehr fest. Im Spiritus-Geschäft machte sich der Mangel an Abgebern äußert

fühlbar, indem wesentlich höhere Forderungen zugestanden werden mußten. Gefündigt 80,000 Quart. Rindungungspreis 15 Rt.

Weizen lofo behauptet, Termine gefragt und höher. Gefündigt 1000 Ctr. Rindungungspreis 67 Rt.

Häfer zur Stelle schwach preishaltend. Gefündigt 1200 Ctr. Rindungungspreis 24½ Rt.

Weizen lofo p. 2100 Pfd. 50—74 Rt. nach Qualität, bunter poln. 68 Rt. ab Bahn bz., schwimmend hochbunter poln. 66 a 72 Rt. bz., p. 2000 Pfd. Septbr. 67½ Rt. bz., Septbr.-Oktbr. 67½ Rt. do., Oktbr.-Novbr. 67½ Rt. do., Novbr.-Dezbr. 67½ Rt., April-Mai 67½ a 68 bz.

Roggen p. 2000 Pfd. lofo 80/81 Pfd. 47½ a 48½, 82/83 Pfd. 48 Rt. ab Bahn bz., schwimmend 81/82 Pfd. 47 Rt. bz., Septbr. 47 a 48 Rt. u. Gd., 48 Rt. do., Oktbr. 47½ a 48½, Novbr. 46½ a 47½ bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 46½ a 47½, Frühjahr 45½ a 46½ bz., Mai-Juni 46½ a 47½.

Gerste lofo p. 1750 Pfd. 38—44 Rt. Häfer lofo p. 1200 Pfd. 23 a 27 Rt., schlei. 25½ a 26 Rt. ab Bahn bz., Septbr. 24½ Rt. bz., Septbr.-Oktbr. 24½ Rt. do., Oktbr.-Novbr. 24½ bz., Novbr.-Dezbr. 24½, Frühjahr 24½ bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 50—64 Rt., Futterwaare do. Rayn p. 1800 Pfd. schlei. 86 Rt., Dotter. 78 Rt. ab Bahn bz. Rübsen Winter-Septbr.-Oktbr. 84 Rt. bz.

Rübsöl lofo p. 100 Pfd. ohne Faß 12½ a 13 Rt. bz., Septbr. 12½ bz., Oktbr. 12½ a 13 bz., Br. u. Gd., 12½ a 13 bz., April-Mai do.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Leinöl lofo 14½ Rt.

Spiritus p. 8000 % loco ohne Faß 15½ a 7½ Rt. bz., Septbr. 14½
a 15½, a 14½, bz. u. Bd., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 14½
a 14½, bz. u. Bd., Novbr.-Dezbr. 14½ a 13½, bz. u. Bd., April-Mai 15 a 14
a 14, bz. u. Bd., Juni 15 a 14 bz.
Wehl. Weizenmehl Nr. 0. 4½-5½ Rt., Nr. 0. u. 1. 4-5½ Rt.,
No. 0. u. 1. 3½-4½ Rt., Nr. 0. u. 1. 3½-4½ Rt. bz. pr. Ctr.
unverfeuert. (V. H. B.)

Stettin, 12. Septbr. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter:
Trübe, +14° R. Barometer: 28". Wind: S.
Weizen behauptet, loco p. 85 Pf. gelber alter 69-73 Rt., neuer 68-
72½ Rt., 83½ Pf. gelber pr. Septbr. 73, 72½ bz., 1/2 Bd. u. Br.,
Oktbr.-Novbr. 71, 71½ bz. u. Br., Novbr.-Dezbr. 70 bz. u. Br., Frühjahr
70½, 71, 70½ bz. u. Bd.

Roggen stille, p. 2000 Pf. loco 45½-47 Rt., pr. Septbr.-Oktbr.
45½ bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. 45 bz., 45½ Rt., Frühjahr 45½ Rt.
Gerste loco p. 70 Pf. Dberbr. 40½-42 Rt., schief. 41-42½ Rt.
Hafer loco p. 50 Pf. neuer 24-24½ Rt., alter 26½ Rt.
Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
67-72 45-47 40-43 24-26 50-54 Rt.
Den 10-12½ Sgr. Stroß 7-9 Rt.
Kartoffeln 14-18 Sgr.

Winterrüben loco 80-82 Rt., pr. Septbr.-Oktbr. 83 Rt. Br.,
82½ Bd.

Rübsöl wenig verändert, loco 12½ Rt. Br., pr. Septbr.-Oktbr. 12½
bz., 12 Bd., Dezbr.-Jan. 12½ bz., April-Mai 12½ Bd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 14½ Rt. bz., pr. Septbr.
14½ bz., Septbr.-Oktbr. 14½ bz., 1/2 Bd., Oktbr.-Novbr. 14 bz.,
Novbr.-Dezbr. do., Frühjahr 14½ bz. u. Br.

Angemeldet: 50 Wispel Rübsen.

Leinöl loco inkl. Faß 14½, 1/2 Rt. bz.

Baumöl, Ima Liverpooler 14½ Rt. bz.

Cocussöl Ceilon 17½ Rt. bz. u. Bd.

Pering, schott. crown und fullbrand 13½ Rt. tr. bz. u. gef., Anmel-
dungen billiger käuflich, pr. Septbr. 13½ Rt. tr. bz., ungef. Voll. 13½ Rt.
transf. bz. (Off. = Btg.)

Breslau, 12. Septbr. [Produktenmarkt.] Am heutigen Markte
blieben die Zufuhren beschränkt und waren Preise bei ruhiger Kaufkraft wenig
verändert.

Weizen wurde in seiner gelber Waare vermehrt beachtet, p. 84 Pf.
weißer 70-90 Sgr., neuer 72-80 Sgr., gelber 70-76-82 Sgr., feinsten
über Notiz, neuer gelber 68-72-76 Sgr.

Roggen zeigte sich auf preishaltend, wir notiren p. 84 Pf. alter 53-
56 Sgr., neuer 48-53 Sgr., feinsten über Notiz bezahlt.

Gerste findet im Allgemeinen gute Beachtung, p. 74 Pf. alte 43-46
Sgr., neue 39-43 Sgr.

Hafer galt bei ruhiger Kaufkraft p. 50 Pf. alter 26-29 Sgr., neuer
23-26 Sgr. bezahlt.

Hälfenfrüchte. Kocherbsen 60-65 Sgr., Futtererbsen 48-
52 Sgr. p. 90 Pf.

Wicken p. 90 Pf. 50-54 Sgr.

Bohnen p. 90 Pf. 110-125 Sgr., feinsten über Notiz.

Buchweizen p. 70 Pf. 46-52 Sgr. nominell.

Deffaaten zeigten sich auf zeitigerem Preisstand gut behauptet, p.
150 Pf. Brutto Winterrüben 160-180 Sgr.

Winterraps 170-200 Sgr., feinsten Sorten über Notiz bezahlt.

Sommererbsen 145-160 Sgr.

Leindotter 130-150 Sgr.

Schlaglein ohne Handel.

Rapskuchen gefragt, 42-44 Sgr. p. Ctr.

Klee saft war ohne bemerkenswerthen Umsatz, wir notiren roth (alte
Waare) 13-14½ Rt. p. Ctr. nominell.

Kartoffel-Spiritus p. 100 Quart zu 80 % Tralles 14½ Rt. Bd.

Breslau, 12. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]
Roggen (p. 2000 Pf.) höher, gef. 2000 Ctr., abgelassene Kündigungs-
schein 40½ bz., pr. Septbr. 41½-42½ bz. u. Bd., Septbr.-Oktbr. 41½ Rt.
u. Bd., Oktbr.-Novbr. 41½ Rt. u. Bd., Novbr.-Dezbr. 41½ bz. u. Bd., Dezbr.-
Jan. 41½-42½ bz., April-Mai 42½ bz. u. Bd.

Weizen pr. September 59 Br.

Gerste pr. September 40 Br.

Hafer pr. September 35 Br.

Kaps pr. September 95 Br.

Rübsöl höher, gef. 400 Ctr., loco 11½ Br., pr. Septbr. und Septbr.-

Oktbr. 11½ bz., Oktbr.-Novbr. 11½ bz., Novbr.-Dezbr. 11½-12½ bz.,
Dezbr.-Jan. 11½ bz., Jan.-Febr. 11½ Br., April-Mai 11½ Br.

Spiritus feiner, loco 14½ bz., pr. Septbr. und Septbr.-Oktbr. 14½
Bd., Oktbr.-Novbr. 14 Bd., Novbr.-Dezbr. 14 Br., 13½ Bd., April-
Mai 14½ bz.

Sink fest, ohne Umsatz.

Die Vörsen-Kommission.

(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 12. September 1866.

feine mittel ord. Waare.

Weizen, weißer alter 80-85 75 66-70 Sgr.

do. do. neuer 78-80 76 72-74 "

do. gelber alter 77-80 74 68-72 "

do. gelber neuer 74-76 73 70-72 "

Roggen alter 55- 54- 53- "

do. neuer 52-53 51 48-50 "

Gerste 43-45 41 38-40 "

Hafer, alter 29- 28- 26- "

do. neuer 25-26 24 22-23 "

Erbsen 60-62 56 50-53 "

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission
zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps 196 186 173 Sgr.

Rübsen, Winterfrucht 178 168 158 "

do. Sommerfrucht 150 140 130 "

Dotter 150 140 130 "

(Bresl. Fds.-Bl.)

Magdeburg, 12. Septbr. Weizen 62-65 Tblr., Roggen 47-49

Tblr., Gerste 37-46 Tblr., Hafer 24-28 Tblr.

Kartoffelspiritus. Lokowaare unverändert, Termine geschäftlos.

Lofo ohne Faß 16 a 16½ Tblr. bz., pr. Septbr. 15½ Tblr. Septbr.-Oktbr.

15½ Tblr. p. 8000 pSt. mit Uebernahme der Gebude a 1½ Tblr. pr. 100

Quart.

Rübsen-Spiritus fest. Lofo 14½ Tblr. November, März 14 Tblr.

(Magdeb. Btg.)

Bromberg, 12. Septbr. Wind: SW. Witterung: Regnerisch.

Morgens 9° Wärme. Mittags 14° Wärme.

Weizen, alter ganz gefunder 128-133 Pf. holl. (83 Pf. 24 Lb. bis 87

Pf. Bollgewicht) 66-70 Tblr., feinsten Qualität je nach Farbe 1-2 Tblr.

über Notiz, weniger ausgewachsen 122-127 Pf. holl. (79 Pf. 27 Lb. bis

83 Pf. 5 Lb. Bollgewicht) 48-54 Tblr., stark ausgewachsen 40-45 Tblr.

Weizen, früher 124-128 Pf. holl. (81 Pf. 6 Lb. bis 83 Pf. 24 Lb.

Bollgewicht) 60-64 Tblr., 129-131 Pf. holl. (84 Pf. 14 Lb. bis 85 Pf.

23 Lb. Bollgewicht) 65-68 Tblr.

Roggen 122-125 Pf. holl. (80 Pf. 16 Lb. bis 81 Pf. 25 Lb. Boll-

gewicht) 41-42 Tblr.

Große Gerste 38-40 Tblr., feinsten Qualität 1-2 Tblr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wispel 43-45 Tblr. Kocherbsen 46-48 Tblr.

Hafer p. Schiff. 25-30 Sgr.

Rübsen und Raps ohne Zufuhr.

Spiritus ohne Zufuhr. (Bromb. Btg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 12. Septbr., Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Regnerisch. Weiz-

zen steigend, loco 7, 15, pr. November 7, 8, pr. März 7, 10. Roggen

höher, loco 5, 7, pr. November 4, 24, pr. März 5, 1. Rübsöl besser, loco

14½, pr. Oktober 13½, pr. Mai 13½. Leinöl fest, loco 14.

Hamburg, 12. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-

markt sehr fest. Weizen pr. Septbr.-Oktbr. 5400 Pf. netto 126½ Bant-

thaler Br., 126 Bd., pr. Oktbr.-Novbr. 124½ Br., 124 Bd. Roggen pr.

April-Mai ab Königsberg 69-70 gefordert, pr. Septbr.-Oktbr. 5000 Pf.

Brutto 75½ Br., 75 Bd., pr. Oktbr.-Novbr. 75½ Br., 75 Bd. Del pr.

September 26½, pr. Oktober 26½-26½, pr. Mai 26½-26½. Kaffee sehr

ruhiger Markt. Sinkt vergebens 13½ gefordert, keine Kaufkraft. - Wetter:

Veränderlich.

London, 12. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen.

Gerste, Bohnen, Erbsen und Hafer bei geringem Geschäft zu Prei-

sen wie am vergangenen Montag verkauft. - Wetter: Veränderlich.

Paris, 12. Septbr., Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rübsöl pr.

September 100, 50, pr. Oktober-Dezember 100, 50, pr. Januar-April 101,

00. Weizen pr. September 66, 00, pr. November-Dezember 67, 50. Spi-

ritus pr. Oktober-Dezember 59, 00.

Antwerpen, 12. Septbr. Petroleum, raff. Type, weiß: matt,

72½ Frcs. p. 100 Ko.

Mg. Ueber die Witterung des August 1866.

Der mittlere Barometerstand des August beträgt nach neun-
zehnjährigen, täglich drei Mal, des Morgens um 6 Uhr, des Mittags um 2
Uhr und des Abends um 10 Uhr in der Stadt Posen angefertigten Be-
obachtungen: 27" 10" 26 (Pariser Zoll und Linien). Der mittlere Baro-
meterstand des vergangenen Monats war: 27" 9" 81, war also nur um
0" 45 niedriger, als das berechnete Mittel.

Der im August vorherrschende Äquatorialstrom, der auf längere Zeit
nur vom 19. bis 25. vom Polarstrom unterbrochen wurde, brachte bei einem
im Ganzen niedrigen Barometerstande starken Regen, trübten Himmel und
eine niedrige Temperatur. Das Barometer schwankte bei SW. und Regen
vom 1. bis 12. August zwischen 27" 7" 18 und 27" 7" 65, fiel nach kurzem
Steigen bei N. und Regen bis zum 14. Mittags 2 Uhr auf 27" 5" 48, stieg
dann, während der Wind von SW. durch N. nach NW. herumging, bei erst
regnerischem, dann heiterem Wetter bis zum 26. Morgens 6 Uhr auf 28" 1" 78
und fiel dann bei S. und SW. und heiterem Himmel bis zum 29. Mittags
2 Uhr auf 27" 6" 93, um bis zum Ende des Monats auf 28" 0" 64 zu
steigen.

Am höchsten stand es am 26. Morgens 6 Uhr: 28" 1" 78 bei NW.
am tiefsten am 14. Mittags 2 Uhr: 27" 5" 48 bei NW.; mithin beträgt
die größte Schwankung im Monat 8" 30, die größte Schwankung
innerhalb 24 Stunden: +4" 06 durch Steigen vom 14. zum 15. Mit-
tags 2 Uhr, während der Wind von NW. durch SW. nach NW. her-
umging.

Die mittlere Temperatur des August beträgt nach neunzehn-
jährigen Beobachtungen +14° 03 Reaumur, ist also nur um 0° 58 niedriger,
als die des Juli; die mittlere Temperatur des vergangenen Monats war
+12° 83, blieb also bedeutend, nämlich um 1° 20 unter dem Mittel.

Die mittlere Tageswärme stieg vom 1. bis 3. von +12° 77 Reau-
mur auf +13° 70, fiel am 5. und 6. auf +11° 80, stieg bis zum 8. auf +16° 00,
fiel bis zum 13. auf 8° 47, schwankte bis zum 21. um +11° 00, stieg zum 26.
auf +16° 73 und fiel bis zum 31. auf +12° 73.

Am höchsten stand das Thermometer am 29. Mittags 2 Uhr: +22° 8
bei S., am tiefsten am 20. Morgens 6 Uhr: +6° 3 bei NW.

Aus den im August beobachteten Winden:

N. = 8	ND. = 5	ND. = 1	OND. = 1
D. = 1	NW. = 8	NW. = 6	OND. = 1
S. = 7	SD. = 0	SD. = 6	WSW. = 3
SW. = 1	SW. = 21	SW. = 8	WSW. = 7

ist die mittlere Windrichtung von Süd 70° 39' 10" zu West berech-

net worden.

Die Niederschläge betrugen an 17 Regentagen und 1 regentag-
losen Tage 618,9 Kubitzoll auf den Quadratfuß Land, so daß die Regenmenge auf
51" 73 stieg, eine so bedeutende Masse, daß sie das achtzehnjährige Mittel
im August noch um 36 Kubitzoll übertrifft, und nur der Regenmenge im
August vorigen Jahres mit 959 Kubitzoll nachsteht.

Es wurden 2 Nebel, ein Wetterleuchten und am 27. Abends 10 Uhr
ein großer Hof um den Mond beobachtet. Kein Tag war wolkenlos.

Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 6 Uhr 85 Pro-
zent, des Mittags 2 Uhr 59 Prozent, des Abends 10 Uhr 82 Prozent und
im Durchschnitt 75 Prozent der Sättigung. Der mittlere Dunstdruck
(der Druck des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes) betrug 4" 53; mithin
der Druck der trockenen Luft allein 27" 5" 28.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195 über der Oflize.	Therm.	Wind.	Wollenform.
12. Sept.	Nachm. 2	27" 10" 52	+15° 4	WSW	1 bedekt. Ni.
12. "	Abends. 10	27" 10" 61	+10° 0	S	0 trübe. St. 1)
13. "	Morg. 6	27" 10" 45	+8° 9	SSW	0 trübe. St. 2)

1) Regenmenge: 37,1 Pariser Kubitzoll auf den Quadratfuß.

2) = 8,0

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. September 1866 Vormittags 8 Uhr - Fuß 8 Boll.

13. "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 12. September 1866.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 96½ bz

Staats-Anl. 1859 5 102½ bz

do. 54, 55, 57 4½ 96½ bz

do. 56, 1859 4½ 96½ bz

do. 1864 4½ 96½ bz

do. 50, 52 conv. 4 83½ bz

do. 1853 4 88½ bz

do. 1862 4 88½ bz

Präm. St. Anl. 1855 3½ 124½ bz

Staats-Schuld. 3½ 84½ bz

Kur- u. Neum. Schuld 3½ -

Ober-Deichb.-Dbl. 4½ -

Berl. Stadt-Dbl. 4½ 96½ bz 50/102½

do. do. 3½ 82½ bz

Berl. Börsen-Dbl. 5 89½ G

Kur- u. Neum. 3½ 89½ G

Märkische 4 90 bz

Ostpreussische 3½ 78½ B

do. do. 4 86 bz

Pommersche 3½ 80½ B

do. neue 4 90½ G

Posenische 4 -

do. neue 4 89½ bz

Schlesische 3½ 87½ G

do. Litt. A. 3½ 78½ B

Westpreussische 3½ 85½ B

do. do. 4 85½ B

do. neue 4 93½ B

do. do. 4½ 93½ B

Kur- u. Neumärk. 4 30 bz

Pommersche 4 90 bz

Posenische 4 89½ bz

Preussische 4 89½ B

Rhein- u. Westf. 4 95½ B

Sächliche 4 91½ G

Schlesische 4 92 bz

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 48 G

do. National-Anl. 5 53½ bz

do. 250 fl. Präm. Dbl. 4 59½ G

do. 100 fl. Kred. Loose 4 63½ bz

do. 50 fl. Loose (1860) 5 63½ bz

do. Pr. Sch. v. 1864 4 38 B

do. Stb.-Anl. 1864 5 60½ G

Italienische Anleihe 5 57½-56½ bz

5. Stieglitz Anl. 5 63½ bz

6. do. 5 82-82½ bz

Englische Anl. 5 87½ G

N. Russ. Egl. Anl. 3 52½ bz

do. v. J. 1862 5 88½ bz

do. 1864 5 93 G

do. engl. 5 91 G

do. Pr. Anl. 1864 5 86½ bz u. 81½-81